

ANTRAG

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung

Tagesordnungspunkt: #8 Anträge zu den Rechtsnormen

S1angNEUang: Einführung der Fördermitgliedschaft

Antragstext

1 **Die Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler_innen möge beschließen, folgende**
2 **Änderungen an den Statuten vorzunehmen:**

3 **Nach §4 (3) d wird wie folgt abgeändert:**

4 (3) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch

5 a. Spenden;

6 b. Förderungen;

7 c. Sammlungen;

8 d. Letztwillige Zuwendungen;

9 e. Erträge aus Veranstaltungen;

10 f. Sponsoring; sowie

11 e. Mitgliedsbeiträge im Zuge der Fördermitgliedschaft.

12 **§ 5 (1) wird wie folgt abgeändert:**

13 (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche Mitglieder,
14 außerordentliche Mitglieder, Ehrenmitglieder und Fördermitglieder.

15 **§5 (5) wird wie folgt abgeändert:**

Ehrenmitglieder und Fördermitglieder können mit Ausnahme der Rechnungsprüferinnen oder dem Schiedsgericht keine Organfunktion übernehmen.

Nach § 5 (8) wird folgendes eingefügt:

Fördermitglied können juristische Personen und alle natürlichen Personen, die die Schule beendet haben, werden. Fördermitglieder haben individuelle Fördermitgliedsbeiträge zu entrichten.

Nach §6 (2) wird folgendes eingefügt:

(3) Fördermitgliedern kommen bei der Mitgliederversammlung keine Rechte und Pflichten zu.

(4) Eine Fördermitgliedschaft kann zusätzlich zu einer ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliedschaft beantragt werden. In diesem Fall behält das Fördermitglied sämtliche Rechte und Pflichten, die es durch ihre ordentliche oder außerordentliche Mitgliedschaft erhalten hat bis zur Beendigung der ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliedschaft.

§7 (4) wird wie folgt abgeändert:

(4) Die ordentliche Mitgliedschaft, außerordentliche Mitgliedschaft und Ehrenmitgliedschaft endet drei Jahre nach dem aktiven Schulbesuch, sowie durch Austritt, Ausschluss oder Tod. Die Fördermitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.

ANTRAG

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung

Tagesordnungspunkt: #9.1 Leitantrag

LANEUang: Weil's uns um mehr geht - Wahlkampfprogramme 2022

Antragstext

1 **Weil's uns um mehr geht.**

2 JUNOS Schüler_innen ist kein Selbstzweck. Uns geht's nicht einfach darum,
3 große Partys zu veranstalten. Uns geht's nicht darum, einfach nur ein großer
4 Freundeskreis zu sein. Uns geht's nicht darum, eine weitere Sandkiste für die
5 Politiker_innen von morgen zu sein. Uns geht's um mehr.

6 Wir haben uns vor eineinhalb Jahren gegründet, weil es so nicht mehr
7 weitergehen kann.

8 Weil es endlich eine echte liberale Bildungspolitik braucht. Weil es eine Schule
9 braucht, die uns wirklich zu freien, mündigen und selbstbestimmten
10 Bürger_innen macht. Weil wir kein Schulsystem wollen, das seine Schüler_innen
11 nur in Schubladen steckt und hemmt, anstatt sie mit den Chancen auszustatten,
12 die sie für ein freies Leben brauchen. Weil es im österreichischen
13 Bildungssystem nicht mehr, sondern weniger Vorschriften braucht. Weil Demokratie
14 und Transparenz für uns selbstverständlich sind.

15 Unser Ideal für die Schule lässt sich auf eine zentrale Idee herunterbrechen:
16 Uns geht es um eine **Schule der Freiheit**. Eine Schule, die uns zu mündigen
17 Bürger_innen macht. Eine Schule, die uns gerechte Chancen bietet. Eine Schule,
18 die Freiheit auf allen Ebenen ermöglicht.

19 Dieses Programm geht auch mit einem Anspruch einher. Wir wollen die
20 Landesschüler_innenvertretungen und die Bundesschüler_innenvertretung endlich
21 zum Motor der Veränderung im Bildungssystem machen. Wir wollen, dass sich die
22 Schüler_innenpolitik nicht durch den dreckigsten Wahlkampf auszeichnet, sondern
23 durch die größten Ideen. Und genau solche Ideen wollen wir im ersten Teil
24 dieses Wahlprogramms vorlegen.

Um ein echter Motor der Veränderung zu sein, reicht es aber nicht, nur große Visionen aufzuzeigen. Wir wollen in den Landesschüler_innenvertretungen auch umsetzen. In allen neun Bundesländern haben wir also Projekte festgelegt, die wir mit einer Mehrheit in der Landesschüler_innenvertretung von Tag eins an umsetzen wollen. Mit ihnen wollen wir das Potenzial des weltweit einzigartigen österreichischen Systems der Schüler_innenvertretung endlich ausschöpfen!

Weil's uns um mehr geht!

Bundesteil

Mündigkeit

Die Mündigkeit als Zielvorstellung muss in der gesamten Schullaufbahn im Vordergrund stehen. Neben grundlegenden Ausdrucksfähigkeiten in Wort und Schrift gehört zur Mündigkeit auch die Fähigkeit, Sachverhalte einordnen zu können. In diesem Sinne fordern wir eine verstärkte Fokussierung auf grundlegende politische und wirtschaftliche Bildung in der Schule.

Politische Mündigkeit

Der eigenständige Schwerpunkt "Politische Bildung"

Politische Bildung ist ein essenzieller Teil der Bildung zur Mündigkeit, wie sie uns vorschwebt. Die derzeitige Situation, und vor allem die Verankerung im Lehrplan des Faches "Geschichte und politische Bildung" wird der enormen Bedeutung der Sache schlichtweg nicht gerecht. Allzu oft wird die politische Bildung hier als Anhängsel gesehen, als Detail. Um der politischen Bildung den Stellenwert zu geben, den sie verdient, kommen wir nicht umhin, sie aus diesem Fach auszugliedern.

Rechte erklären als Basis

Jeder Mensch hat Rechte. Wer diese Rechte aber nicht kennt, der kann sie nicht einfordern. Es ist also wichtig, dass wir schon in der Schule über unsere Rechte in unserer demokratischen, rechtsstaatlichen Gesellschaft aufgeklärt werden. Das sollte mit den allgemeinen Menschenrechten beginnen, aber sich nicht auf sie beschränken. Auch Frauenrechte, Minderheitenrechte und Kinderrechte sollten allen gelehrt werden. Das darf sich auch nicht auf ein reines Auswendiglernen beschränken. Das Ziel muss es sein, dass diese Rechte mit Leben erfüllt werden, dass die Schülerinnen und Schüler sie als Teil ihrer eigenen

Existenz wahrnehmen. Rechte sind nichts abstraktes, sondern die Basis unserer Gesellschaft.

Institutionenkunde

Jahr für Jahr verlassen Schülerinnen und Schüler das Bildungssystem, ohne wirklich gut über die österreichischen und europäischen Institutionen Bescheid zu wissen. Das ist unserer Meinung nach eine der vielen österreichischen Bildungslücken, aber auch eine der schwerwiegendsten. Deshalb wollen wir das Thema Institutionenkunde viel stärker in den Lehrplan aufnehmen. Institutionenkunde lässt sich auf vier Ebenen herunterbrechen, die nacheinander und in folgender Reihenfolge behandelt werden sollen: Bund, Land, Gemeinde, Europäische Union. Am längsten behandelt werden soll der Bund und EU, die Gemeinde und das Land sollen aber ebenfalls nicht zu kurz kommen.

SV-Aufklärung

Gerade vor Klassensprecher_innen- und Schüler_innenvertreter_innenwahlen sollte im Lehrplan auch eine Beschreibung des österreichischen Schüler_innenvertretungssystems vorgesehen sein. Um effiziente Vertretungen zu haben, braucht es auch ein breites Wissen über deren Existenz. Es ist eine Schande, dass sogar vielen gewählten Schüler_innenvertreter_innen ihr Wissen über den Aufbau der Schüler_innenvertretung in Österreich von den politischen Schüler_innenorganisationen mitgegeben werden muss. Echte Mündigkeit verlangt hier Transparenz und Aufklärung, und das möglichst früh.

Hinter reine Slogans schauen lernen

Politische Bildung ist jedoch mehr als nur Institutionenkunde. Politik besteht schließlich nicht nur aus Institutionen. Mindestens ebenso relevant ist es, zu verstehen, wie und warum Politik gemacht wird. Moderne Politik ist geprägt von Ideologien, Konzeptionen der Zukunft und Analyseformen der Gegenwart, die leider allzu oft nur in den politischen Akademien der Parteien gelehrt werden. Das wollen wir ändern. Die politische Bildung soll dementsprechend auch eine Einführung in die großen westlichen Ideologien der Moderne bieten: Sozialismus, Konservatismus und Liberalismus, aber auch Kommunismus und Nationalsozialismus.

Gerade wenn es um die Analyse von Ideologien und politischem Denken geht, sollte der Unterricht aber auch nicht dogmatisch sein. Es kann und darf nicht sein, dass der Staat durch die Bildung eine gewisse Konzeption einer Ideologie in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler schreibt. Viel eher muss es der Anspruch

sein, den Diskurs auch innerhalb des politischen Denkens zu analysieren. Es muss aber auch, insbesondere bei den verfassungsfeindlichen Ideologien, eine Analyse der Folgen dieses Denkens geben.

Religiöse Mündigkeit

Ethikunterricht als Grundlage

Ethikunterricht ist der beste Weg, um sich nicht nur zu versichern, dass Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, die verschiedensten Weltanschauungen zu verstehen, und er kann auch die Basis dafür schaffen, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Erreichen ihrer Religionsmündigkeit eine fundierte Entscheidung treffen können, ob und welche Religionsbekenntnis diese haben wollen. Wir wollen, dass bis zum Erreichen der Religionsmündigkeit mit 14 Jahren jede Schülerin und jeder Schüler den Ethikunterricht besucht. Danach soll auch Religionsunterricht möglich sein.

Schule für alle

Schule sollte ein Ort sein an dem sich alle Schüler_innen gut aufgehoben fühlen. In jeder öffentlichen Schule hängt in Österreich jedoch derzeit noch ein Kreuz an der Wand. Für alle mit nicht-christlichem Bekenntnis ist das natürlich eine starke Nachricht, es vermittelt das diese Schülerinnen und Schüler, die es oft sowieso schon schwerer als andere haben, nicht wirklich zur Schulgemeinschaft gehören, und das dort andere Religionen nicht als gleichwertig betrachtet werden.

Eine echte Diskussionskultur schaffen

Diskussionen sind ein wichtiger Beitrag zum politischen Leben. Gerade die Schule läuft allzu oft Gefahr das Gelernte zum einzig "richtigen" zu erheben. Doch die Schule muss auch zeigen, dass eine gesunde, höfliche und faktenbasierte Debatte ein positiver und wichtiger Beitrag ist. Dies kann nur funktionieren, wenn auch in der Schule eine echte Diskussionskultur entsteht.

Podiumsdiskussionen fördern

Podiumsdiskussionen sollten sich also nicht nur auf die wenigen Wochen vor einer Wahl beschränken, sondern zu einem zentralen Element des Schulalltags werden. Diskussionen kann man selbstverständlich nicht erzwingen. Doch der Schulhalter hat durchaus Möglichkeiten, diese zu attraktivieren, und vor allem das Finden

von Gästen zu erleichtern. Damit mehr Diskussionen und Podien von Lehrkräften und den Direktionen organisiert werden, können Weiterbildungen angeboten werden. Es ist von großer Bedeutung, dass Schuldiskussionen nicht als unangenehmer Aufwand, sondern als Chance für die Schülerinnen und Schüler und die Schule als Ganze gesehen werden. Wir sehen ebenfalls die LSVen in der Pflicht. Sie sollte proaktiv lokale SVen bei der Organisation von Podiumsdiskussionen unterstützen.

Diskussionen als Teil des Unterrichts

Es ist im Leben sehr wichtig, geradezu unverzichtbar sogar, die Fähigkeit zu besitzen, sich eine faktenbasierte eigene Meinung bilden zu können. Dies kann sowohl durch den richtigen Umgang mit den verschiedenen Medien als auch durch häufige Diskussionen realisiert werden. Unser Ziel ist es also, Diskussionen als fixen Bestandteil in den Lehrplan einzubauen, da sie die Meinungsbildung fördern, rhetorische Fähigkeiten verbessern und dabei helfen, andere Meinungen zu akzeptieren und zu verstehen. Zukünftig sollen in fast allen Fächern Diskussionen zu verschiedenen Themen stattfinden, wenn möglich auch fächerübergreifend.

Wirtschaftliche Mündigkeit

Für ein Leben in Freiheit ist jedoch nicht nur die Fähigkeit, sich eine fundierte politische Meinung bilden zu können von großer Bedeutung, sondern auch die konkrete Vertrautheit mit dem wirtschaftlichen Alltag. Sowie jede und jeder Lesen und Schreiben lernt, sollte auch jede und jeder ein grundlegendes Verständnis für gängige Finanzinstrumente erhalten. Financial Literacy sollte ein essenzielles Ziel der Schulbildung sein.

Der Rahmen

Momentan wird in der Schule kaum Wissen über wirtschaftliche Themen weitergegeben, es sei denn im Fach Geographie und Wirtschaftskunde. Doch auch hierbei kommt die Wirtschaft so gut wie immer zu kurz. Für uns ist es wichtig, dass die Schülerinnen und 12 Schüler schon in jungen Jahren die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems erlernen. Denn es kann nicht sein, dass anstatt Finanzkunde der Fokus auf die Bodenkultur in Österreich gelegt wird. Also fordern wir, dass während den ersten Jahren der Unterstufe die Geographie im Lehrplan langsam zur mehrheitlichen Wirtschaftskunde übergehen soll. Die Lehre der Geographie soll sich während der ersten Jahre möglichst ausschließlich auf grundlegendes Wissen beschränken.

159 *Mikroökonomisches Verständnis schaffen*

160 Wirtschaftliche Mündigkeit verlangt aus unserer Sicht mehr als nur das simple
161 Kennen von Begriffen. Es muss den Schülerinnen und Schülern ebenfalls ein
162 Verständnis für finanzielle Instrumente in die Hand gelegt werden. Hierbei
163 muss der Erwerb von Kompetenzen im Vordergrund stehen - das Ziel muss es sein,
164 dass jede und jeder grundsätzlich versteht, wie einzelne Instrumente, und
165 welche Gefahren, Chancen und Verpflichtungen für den einzelnen daraus
166 entstehen. Gängige Instrumente wie das Girokonto, der Bausparvertrag oder
167 diverse Arten von Krediten müssen besprochen werden. Diese Art der Bildung darf
168 nicht Banken überlassen werden, sondern muss bereits im Pflichtschulbereich
169 beginnen, ist sie doch nötig für ein wirtschaftlich mündiges Leben.

170 *Makroökonomisches Verständnis schaffen*

171 Hier ist es wichtig, wie auch in der politischen Bildung, einen neutralen Ansatz
172 zu privilegieren. Die von uns geforderte makroökonomische Grundbildung sollte
173 sich auf eine Beschreibung und Analyse des heutigen Wirtschaftssystems
174 beschränken, und dabei Zusammenhänge und Dynamik der wirtschaftlichen
175 Entwicklung herausarbeiten. Wie immer geht es auch hier darum, den Schülerinnen
176 und Schülern die grundlegenden Kenntnisse zu geben, um ihnen die Teilnahme am
177 gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu ermöglichen. Diese Materie kann man auch im
178 Querschnitt mit geographischen Themen bearbeiten.

179 Chancengerechtigkeit

180 Die Schule muss, davon sind wir überzeugt, jedem Schüler und jeder Schülerin
181 die Chancen bieten, die er oder sie braucht, um ein selbstbestimmtes Leben
182 führen zu können. Solange sie diese fundamentale Anforderung nicht erfüllen
183 kann, reproduziert sie nur immer neue Ungerechtigkeiten. Gerade in der mittleren
184 Schulbildung wird im heutigen Schulsystem radikal differenziert. Wir wollen,
185 dass diese Differenzierung zeitlich verschoben wird, und die Mittelschule eine
186 echte gemeinsame Startlinie wird.

187 Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung

188 *Wieso braucht es einen gemeinsamen Rahmen?*

189 Das österreichische Schulsystem ist heute leider ein Zwei-Klassen-System. Mit
190 dem Ende der Volksschule werden die Schülerinnen und Schüler zugeteilt.
191 Gymnasium oder Mittelschule. Während über 90% aller Gymnasiastinnen und
192 Gymnasiasten später maturieren werden, sind die Chancen für

193 Mittelschülerinnen und Mittelschüler geringer. Die einen werden also
194 wahrscheinlich in die Oberstufe gehen, maturieren, später womöglich studieren.
195 Den anderen wird dieser Weg schwerer gemacht werden, vor allem auch, weil ihr
196 Schultyp stark stigmatisiert ist.

197 Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung soll sich sowohl durch ihre
198 gemeinsamen Standards, als auch durch ihre Öffnung für alle Gruppen von
199 Schülerinnen und Schüler kennzeichnen. Vor allem aber zeichnet sie den Weg
200 ihrer Schülerinnen und Schüler nicht schon implizit vor.

201 *Wie soll die Differenzierung aussehen?*

202 Wir schlagen ein hybrides Modell vor: Ein gewisser Teil der Stunden geschieht in
203 der großen Gruppe, der Klasse, und ein weiterer, bestenfalls sogar größerer
204 Teil der Stunden wird in Kleingruppen absolviert. Laut der Hattie-Studie ist das
205 Lernen in Kleingruppen, bezeichnet als "small-group-learning", besonders
206 sinnvoll. Mit einer Effektstärke von 0.49 zählt es im Gegensatz zum "ability
207 grouping", das bloß eine Effektstärke von 0.16 aufweist und demnach keinen
208 positiven Einfluss auf die Lernleistung von Schüler_innen hat, zu den "sehr
209 erfolgreichen pädagogischen Maßnahmen".

210 Die Stunden in der Klasse dienen sozusagen als Grundstock der Wissensvermittlung
211 und stellen ein verbindliches Niveau dar, das alle Schülerinnen und Schüler
212 beherrschen sollen. Die Vertiefung bzw. Erweiterung der Inhalte geschieht in den
213 Kleingruppen, in denen es auch möglich sein soll, je nach Interesse der
214 Schülerinnen und Schüler weiterzuarbeiten. Auch das Aufholen von Rückständen
215 und Lerndefiziten ist im Rahmen der Lerngruppen möglich. Die Vorteile jener
216 Methode liegen vor allem darin, dass die Anpassung des Unterrichts an die
217 individuellen Interessen und Bedürfnissen der Lernenden in Kleingruppen
218 leichter vonstatten gehen kann und ressourcenorientierter Unterricht möglich
219 wird. In diesem Zusammenhang ist projektorientiertes Lernen anzuraten.

220 *Welche Rolle für den Schulstandort?*

221 Die Schulautonomie muss dort greifen, wo einheitliche Regelungen nicht mehr
222 möglich/zweckdienlich sind. Es gilt: So einheitlich, wie nötig, aber so
223 autonom, wie möglich. Dabei ist anzudenken, dass beispielsweise ein
224 Basiscurriculum festgelegt wird, das unbedingt zu vermittelnde Inhalte
225 auflistet. Diese dienen als Fundament, schulautonom differenzierter Unterricht
226 kann darauf aufbauen, die Inhalte vertiefen oder festigen, zusätzlich neues
227 Wissen vermitteln, etc.

228 Der Schulstandort soll ebenfalls über den endgültigen Grad der
229 Differenzierungen entscheiden. Er soll selbstständig die Zahl der Lerngruppen
230 festlegen, wenngleich sie nicht drei unterschreiten sollte, um die Qualität der
231 individuellen Förderung zu erhalten.

232 Zukunftsfitte Ausstattung heißt autonome Ausstattung

233 Das 21. Jahrhundert mag in unseren Köpfen schon Realität sein, in vielen
234 österreichischen Schulen ist es aber noch nicht angekommen. Das muss sich
235 ändern. Die Schule, die uns vorschwebt, ist schließlich keine Schule der
236 Vergangenheit, sondern der Zukunft.

237 *Schnelles Internet*

238 Der Bund muss seine Verpflichtungen wahrnehmen, und für schnelles Internet an
239 jedem Standort sorgen. Diese Verbindung sollte auch, gerade um jenen zu helfen,
240 die es nicht zuhause haben, jeder und jedem zur Verfügung stehen.

241 *Finanzierung nach Schüler_innenzahl*

242 Alle weitere Ausstattung sollte nicht den Schulen vorgeschrieben werden, sondern
243 von ihnen selbst angeschafft werden. Um den Schulen die Mittel zu geben, die sie
244 brauchen, ist für uns klar, dass das Geld den Schülerinnen und Schülern
245 folgen soll. Jede Schülerin und jeder Schüler mehr bedeutet also auch mehr
246 Mittel für den Standort.

247 Wir erkennen aber selbstverständlich an, dass nicht jede Schule mit denselben
248 Problemen konfrontiert ist. Dies darf aber kein Grund für einen intransparenten
249 Finanzierungsmodell sein. Ganz im Gegenteil: Es braucht einen transparenten
250 Chancenindex, in dem anhand von Faktoren wie dem Migrationsanteil unter den
251 Schülerinnen und Schülern ein zusätzlicher Zuschuss für betroffene Standorte
252 ermittelt wird. Auch dieser Zuschuss darf nicht zweckgebunden sein. Dem Standort
253 bleibt es überlassen, wie er seine Mittel einsetzt.

254 Flächendeckende Einführung der Ganztagschule

255 Die Lebenswelten und -realitäten von Kindern und Jugendlichen sind zunehmend
256 divers. Unterschiede im sozioökonomischen, soziokulturellen und psychosozialen
257 Hintergrund dürfen aber keineswegs zu einem Nachteil für bestimmte
258 Schüler_innen werden. Um allen Kindern die Flügel zu heben, braucht es die
259 Einführung einer flächendeckenden, im besten Fall verschränkten

Ganztagsschule, in der von Montag bis Freitag qualitätsvolles Lernen sichergestellt wird. Ihre genaue Ausgestaltung soll aber dem Standort überlassen sein. Jedoch soll sie absolut kostenfrei sein.

Geschlechtergerechtigkeit in der Schule

Um Geschlechtergerechtigkeit in der Schule ankommen zu lassen, braucht es sowohl eine Weiterentwicklung des Lehrplans in einzelnen Fächern (Geschichte, aber auch Sportunterricht), als auch materielle Veränderungen am Schulgelände. Wir setzen uns hier unter anderem klar für Menstruationsartikel auf allen Schulklos ein. Hier gilt es auch dem Shaming von Mädchen, die diese in Anspruch nehmen, entgegenzuwirken. Das Argument der Verschwendung ist in diesem Kontext ein scheinheiliges, könnte man es doch genauso gegen die freie Ausgabe von Klopapier am Schulklo verwenden.

Zentrale Mittlere Reife: Kontrollpunkt und Orientierungshilfe

Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Nur so lässt sich garantieren, dass wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten hat. Wer die zentrale mittlere Reife nicht schafft, muss weiter darauf vorbereitet werden. Niemand sollte ohne diese grundlegenden Fähigkeiten die Schule verlassen. Sollte man mit 18. die zentrale mittlere Reife noch immer nicht geschafft haben, läuft die Schulpflicht dennoch aus.

Die zentrale mittlere Reife sollte keine reine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Sie soll also keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung, als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Freiheit: Die Oberstufe der Selbstverwirklichung

Nachdem mit der zentralen mittleren Reife ein allgemeines Niveau erreicht wurde, gilt es den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Wege zu gehen. Eine Vielzahl an Wegen soll offenstehen, um niemanden in ein enges Kästchen zu zwingen. Der Weg zur großen Abschlussprüfung darf kein Pflicht, und muss individuell sein. Um diese Individualität zu gewährleisten

295 muss echte Schulautonomie ermöglicht werden. Die Schule vor Ort weiß nicht nur
296 am besten, was sie braucht, sondern auch was sie sein will.

297 Freiheit für die Schule

298 *Echte Schulautonomie*

299 Schulautonomie beginnt mit der personellen Freiheit. Kein Team kann
300 funktionieren, wenn es aneinander gekettet wurde. Genauso kann keine Schule
301 wirklich gut funktionieren wenn nicht die Schule selbst, vor Ort, die
302 Möglichkeit hat, sich die Lehrkräfte ihrer Wahl auszusuchen. Wir sehen diese
303 Freiheit bei der Direktion, hierbei soll aber ein transparentes und normiertes
304 Bewerbungsverfahren vor.

305 Mehr Freiheit für den Standort muss auch echte finanzielle Freiheit bedeuten.
306 Es ist unerlässlich, dass das Budget des Standorts vom Standort selbst
307 geschrieben und verabschiedet wird. Nur so kann der einzelne Standort wirklich
308 autonom agieren.

309 Diese finanzielle Autonomie kann und soll aber nicht von der Direktion allein
310 ausgeübt werden. Das Budget geht alle in der Schulgemeinschaft etwas an, und es
311 ist ein essentieller Part des Management der Schule. Es soll also von dem
312 Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) genehmigt werden müssen. Wer entscheidet,
313 wohin das Geld fließt, kontrolliert die Schule.

314 Schulen sollten auch autonom die Möglichkeit haben, ihre eigenen Wege bei der
315 Lehre zu gehen. Solange auf das gemeinsame Ziel der Matura hingearbeitet wird,
316 soll jeder Standort die Möglichkeit bekommen, die Fächerstruktur aufzubrechen
317 und Neueinteilungen vorzunehmen. Auch dies soll im SGA entschieden werden.

318 *Zusammenarbeit zwischen den Schulen stärken*

319 Gerade im Rahmen eines echten schulautonomen Systems dürfen die Schulen nicht
320 zu abgeschotteten Burgen werden. Zusammenarbeit ist hier essentiell. Das Modell
321 des Schulclusters empfiehlt sich hier besonders. Hierbei handelt es sich um eine
322 enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Standorten, die dazu führt, dass
323 Schülerinnen und Schüler einen Teil des Unterrichts in eine anderen (Partner-
324)Schule erfahren können. Ein solcher Cluster sollte nur der Genehmigung der
325 beteiligten SGAs bedürfen.

326 *Echte Kontrolle der Direktion*

In unserem Modell der Schulautonomie würde die Direktion entschieden gestärkt. Damit sie nicht ihr Macht missbrauchen, wollen wir das garantierte Mandat der Direktion auf fünf Jahre reduzieren. Um den Direktor_innen dennoch die Möglichkeit zu geben, ihren Standort zu prägen, kann eine Verlängerung des Mandats durchaus sinnvoll sein. Diese Entscheidung wollen wir der Schulgemeinschaft selbst überlassen. Es soll dem SGA also möglich sein, mit einfacher Mehrheit das Mandat der oder des Direktor_in einmalig zu verlängern. Für eine Verlängerung darüber hinaus soll eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit von Nöten sein.

Durch Wettbewerb Schulen klimafit machen

Der Klimawandel ist eine historische Herausforderung. Auch das österreichische Schulsystem muss sich ihr stellen. Eine effiziente Ökologisierung kann aber nur funktionieren, wenn man alle Akteur_innen rund um die Schule einbindet, und die Schule ganzheitlich betrachtet. Wir wollen hier nicht auf Symbolpolitik oder zentrale Vorgaben setzen, sondern die lokale Kreativität der Schulstandorte entfesseln. Wir fordern also ein Belohnungssystem: Schulen, die ihre Emissionen von einem Jahr aufs nächste besonders stark senken konnten, werden dafür finanziell belohnt. Zugleich sollen die 10% der Schulen mit den höchsten Emissionen direkt von Expert_innen des Bildungsministeriums dabei unterstützt werden, ihre Emissionen nachhaltig zu senken.

Freiheit für die Schüler_innen

Viele Schülerinnen und Schüler sind in der Schule unterfordert, weil sie den Lehrstoff bereits verstehen und das auch bei den Prüfungen bewiesen haben. Wer eine hohe Selbstständigkeit aufweist und gute Schulleistungen erzielt, soll dem Unterricht in diesen Fächern fernbleiben dürfen. Ab einem Notenschnitt von 1,5 sollte eine solche Möglichkeit anzudenken sein. Dies bedürfte der Zustimmung der Lehrkraft, und müsste vierteljährlich überprüft werden.

Die Freiheit zu lernen, was einen wirklich interessiert

Schülerinnen und Schüler werden in ein Jahrzehnte altes Korsett an Fächern gepresst, ohne dabei eine Möglichkeit zu haben, ihre individuellen Stärken wirklich zu fördern. Es gibt zwar gewisse Grundfähigkeiten, welche jede Schülerin und jeder Schüler besitzen sollte, aber dieses Mindestmaß spiegelt sich mit Sicherheit nicht in dem heutigen Ausmaß an vorgeschriebenen Stunden wieder. Wir fordern deswegen eine konsequente Flexibilisierung. Ein modulares System ist hier anzudenken. Bis auf Mathematik, Englisch und grundlegendes Deutsch, soll es den Schüler_innen überlassen sein, zu lernen, was sie wirklich interessiert.

Hierbei soll es den Schulen durchaus auch möglich sein, „Out of the box“ zu denken. Schülerinnen und Schüler müssen nicht zwingend in dieselbe Schulstufe gehen und dasselbe Alter haben, um einen gewissen Unterricht zu besuchen. Einzig das bisher vorhandene Wissen soll entscheiden sein. Das bedeutet in der Praxis, dass man sich sowohl in der 10. Klasse als auch in der 12. Klasse zb. in den Kurs Geschichte I einschreiben könnte und diesen dann auch gemeinsam belegt würde. Die aufbauenden Kurse setzen dann logischerweise das Wissen der vorherigen Kurse voraus. Diese Methodik hat weiters den Vorteil, dass sich die Mindestzahl an Schülerinnen und Schülern für einen Kurs deutlich leichter finden lässt.

Eigeninitiative fördern und nicht verurteilen

In Österreichs Schulen herrscht ein gravierender Mangel an Clubs und AGs, doch anstatt etwas daran zu ändern wird nur weiter weggeschaut. Für uns ist klar: Es muss Schülerinnen und Schülern einfacher gemacht werden, eigene Clubs zu Themen ihrer Wahl zu gründen. Diese Clubs sollen auch die Möglichkeit haben, von der Schule finanziell unterstützt werden, damit die Schülerinnen und Schülern gelegentlich Ausflüge oder Sonstiges machen können. Für die Schulen allerdings bleibt es natürlich möglich, nachzuverfolgen wohin das Geld investiert wurde.

Erasmus+ verstärkt anbieten

Um zu verdeutlichen, in welchem Ausmaß die europäische Union Einfluss auf das alltägliche Leben Jugendlicher nimmt, ist es essentiell, Europa in allen seinen Facetten kennenzulernen. Das Programm Erasmus+ unterstützt schulische Institutionen dabei, Schüler_innen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, wodurch sowohl Vielfalt, Nachhaltigkeit, digitale Bildung und Inklusion als auch das Lernen von Sprachen gefördert werden. Schüler_innen und Lehrkräfte sollten verstärkt über das bestehende Angebot informiert werden. Zusätzlich gilt es ökonomisch schwächere Schüler_innen bei einem solchen Aufenthalt finanziell zu unterstützen.

Matura: zentral und aussagekräftig

Die standardisierte Reife- und Diplomprüfung (Matura) ist die wichtigste und entscheidendste Prüfung der Schullaufbahn. Die Matura ist für einige der Abschluss ihrer Bildung und für andere die Berechtigung zur weiteren Aus- oder Weiterbildung. Egal welchen Lebensweg man nach ihr wählt, man möchte gerecht beurteilt werden.

398 Zentralität

399 Unsere Lehrer_innen begleiten uns meist schon viele Jahre vor unserer Matura und
400 haben sich dadurch auch eine persönliche Meinung über ihre Schüler_innen
401 gebildet. Egal wie objektiv ein Lehrer oder eine Lehrerin versucht zu sein, wenn
402 er oder sie den oder die zu beurteilende_n Schüler_in kennt, ist es schwierig,
403 dass daraus eine zur Gänze faire Beurteilung entsteht. Um diese Fairness bei
404 der Beurteilung dennoch zu gewährleisten muss die Matura von anderen
405 Lehrkräften anonym abgenommen bzw. korrigiert werden. Langfristig sprechen wir
406 uns für ein gesamteuropäisch harmonisierte Matura aus.

407 Mehr Aussagekraft

408 Die oftmals geforderte Miteinbeziehung der Zeugnisnoten des letzten Schuljahres
409 lehnen wir jedoch ab, da dies subjektiven Benotungen von Lehrpersonal wieder
410 großen Einfluss zukommen lässt und somit auch zu Nachteilen für viele
411 Schülerinnen und Schüler führen kann – ein Umstand, der mit der
412 Zentralmatura eigentlich überwunden werden sollte. Stattdessen fordern wir ein
413 Benotungssystem, dass auf mehreren standardisierten und zentralisierten
414 Prüfungen fußt, wobei dem letzte Wissenstand stets am meisten Gewichtung
415 zukommen sollte. In unserem Modell findet also in jedem maturablen Fach am Ende
416 des Jahres vor der Matura eine zentralisierte und anonymisierte Vorprüfung
417 statt. Sie zählt zu einem Drittel für die Endnote, während die Endprüfung
418 $\frac{2}{3}$ zählt. Entscheidet man sich im letzten Jahr für einen anderen
419 Maturagegenstand, zählt weiterhin ausschließlich die Note der Endprüfung.
420 Darüber hinaus wollen wir allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit
421 geben, falls sie das wünschen, auch schon Teile der Matura am Herbsttermin zu
422 absolvieren.

423 Verhältnismäßigkeit: Erleichterungen nur wenn unvermeidlich

424 Regelmäßig poppt die Debatte über eine Erleichterung der Matura auf.
425 Interessanterweise kommt bei dieser Debatte nie die Angst vor einer Nivellierung
426 nach unten, die bei anderen schulpolitischen Phänomenen reflexartig auftaucht.
427 Wer jedoch ganze Prüfungen ausfallen lässt, steuert genau darauf zu. Die
428 ohnehin recht beschränkte Aussagekraft eines Maturazeugnisses darf nicht
429 aufgrund einer (Covid-)Krise weiter sinken, womit auch nationale sowie
430 internationale Anerkennung schwindet. Statt des Ausfalls von ganzen Prüfungen
431 fordern wir also vermehrte Unterstützungsangebote für Schüler_innen.
432 Regelmäßiger Förderunterricht in allen maturarelevanten Fächern soll seitens
433 der Schule angeboten und auf Wunsch gewählt werden können. Im absoluten
434 Notfall können wir uns einzelne Stoffkürzungen vorstellen.

Epilog: Mental Health als zentrale Herausforderung

Kinder und Jugendliche sind von den Folgen der Pandemie besonders stark betroffen. Das zeigen nicht nur Berichte von Schüler_innen und Lehrpersonal, sondern auch Studien wie etwa jene des Departments für Psychotherapie und Biopsychosoziale Gesundheit der Donau-Universität Krems zur psychischen Gesundheit von Schüler_innen.

Laut der Studie weisen 62 Prozent der Mädchen und 38 Prozent der Burschen eine mittelgradige depressive Symptomatik auf. Depressive Symptome, Angstsymptome, aber auch Schlafstörungen haben sich in den vergangenen Monaten verfünf- bis verzehnfacht.

Besonders dramatisch ist die Tatsache, dass rund ein Fünftel der Mädchen und 14 Prozent der Burschen unter wiederkehrenden suizidalen Gedanken leiden. Damit denken sie entweder täglich oder an mehr als der Hälfte der Tage an Selbstmord.

Hier hat die Schule eine Verantwortung. Wir setzen uns also für folgende Sofortmaßnahmen ein:

Ausbildungsoffensive bei Lehrkräften

Lehrkräfte sind die zentralen Akteur_innen der Bildungspolitik. Wenn es also darum geht, ein Bildungssystem zu schaffen, dass die mentale Gesundheit der Schüler_innen nicht belastet, muss zuallererst bei ihnen angesetzt werden.

Hier gilt es in einem ersten Schritt, Lehrkräfte durch gezielte Schulungen zu sensibilisieren, und ihnen verstärkt Kompetenz im täglichen Umgang mit der psychischen Gesundheit der Schüler_innen mitzugeben. Ein besonderer Schwerpunkt muss hier auf die Aus- und Weiterbildung von Klassenvorständen gelegt werden.

Zusätzlich müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass an jeder Schule mehrere Lehrkräfte gezielt zu sogenannten "Vertrauenslehrkräften" ausgebildet werden. Diese Lehrkräfte fungieren dann als erste Anlaufstelle für betroffene Schüler_innen. Durch solche ausgebildeten Ersthelfer_innen an den Schulen können auch die etablierten Schulpsycholog_innen entlastet werden.

Unterstützung und Ermöglichung von Projekten in den Schulen

Die Schulen sind essentielle Partner bei jeder Veränderung im Bildungssystem. So auch hier. Schulen können vor Ort mithilfe konkreter Projekte echte Veränderung anstoßen - sei es bei der Prävention von psychischen Problemen, der Sensibilisierung der Schulpartner_innen oder auch der Hilfe für Betroffene. Schulen könnten zum Beispiel Workshops organisieren, bei denen Schüler_innen erlernen, woran sie erkennen, dass sie Hilfe brauchen und wo sie diese Hilfe am schnellsten bekommen.

Die Schulen sollten hier konkrete Hilfe zur Verfügung gestellt bekommen. Dies kann zum Beispiel durch die Publizierung von Best-Practice-Beispielen erfolgen. Auch sollten die Direktionen gezielt in Sachen psychische Gesundheit weitergebildet und sensibilisiert werden. Förderungen für Schulprojekte in Verbindung mit dieser Thematik sollten möglichst unbürokratisch angeboten werden.

Jetzt die Basis für mehr professionelle Hilfe in der Zukunft legen

Langfristig braucht es deutlich mehr ausgebildete Fachkräfte in den Schulen. Schon jetzt müssen die Rahmenbedingungen für eine starke Steigerung der Menge an Schulpsycholog_innen und - in Kooperation mit den Bundesländern - der Schulsozialarbeiter_innen gelegt werden. Hier braucht es mehr Ausbildungsplätze und ein attraktiviertes Arbeitsumfeld. Ziel ist, dass alle Schüler_innen regelmäßige Routineuntersuchungen bei Schulpsycholog_innen haben.

Landesprogramme

Landesprogramm Kärnten

Seit Jahren passiert zu wenig in der Arbeit der Landesschüler_innenvertretung Kärnten. Sie ist geprägt von fehlender Transparenz und fehlendem Engagement sich ernsthaft für die Interessen der Schüler_innen in Kärnten einzusetzen. Das Programm basiert auf unseren Grundwerten und Grundprinzipien, mit denen wir die Bildungspolitik in Kärnten stärken und verändern wollen.

Transparenz

Für uns ist klar, dass die Landesschüler_innenvertretung vor allem für die kärntner Schüler_innen da sein sollte. Es ist also geradezu absurd, wenn sie sich und ihre Arbeit vor denen versteckt, die sie eigentlich vertreten sollte. Dass die LSV Kärnten eine von nur zwei Landesschüler_innenvertretungen in Österreich ist, die nicht einmal über eine eigene Website verfügt, zeigt

499 schon, wie viel Aufholbedarf es hier gibt. Mit drei konkreten und einfach
500 umsetzbaren Forderungen wollen wir die LSV Kärnten von einem Schlusslicht zu
501 einem Vorreiter in Sachen Transparenz und Ehrlichkeit machen.

502 Website der LSV

503 Es braucht eine eigenständige Website, damit alle Schüler_innen einen
504 transparenten Überblick über die Arbeit der Landesschüler_innenvertretung
505 erhalten. Dabei ist es notwendig, allgemeine Informationen über die LSV und das
506 Schüler_innenparlament zu kommunizieren, da die Aufklärungsarbeit in diesem
507 Bereich nicht ausreichend ist. Auf der Website sollen alle LSV Mandatar_innen
508 sowohl veröffentlicht als auch ihre Aufgaben erklärt werden. Darüber hinaus
509 sollte die Website über die aktuellen Events der LSV informieren und die
510 Geschäftsordnung enthalten.

- 511 • Forderung: Erstellung einer Website durch die LSV

512 Bericht über Arbeit der LSV

513 Um die Arbeit der LSV transparenter zu gestalten, fordern wir, am Ende jedes
514 Schulsemesters, einen Bericht über die Arbeit der LSV. Diese sollte leicht
515 zugänglich sein und auf der Website veröffentlicht werden. Zusätzlich wollen
516 wir, dass alle Referent_innen der LSV und die Landesschulsprecher_innen
517 ebenfalls einen Bericht über deren Arbeit veröffentlichen müssen.

- 518 • Forderung: Bericht über Arbeit der LSV

519 Budget der LSV

520 Da die Ausgaben und Einnahmen der LSV in der Vergangenheit nicht veröffentlicht
521 wurden, fordern wir nun ein regelmäßiges Finanzupdate auf der Website durch
522 den/die Finanzreferent_in. Diese sollte auch die verschiedenen Sponsorings der
523 LSV beinhalten.

- 524 • Forderung: Veröffentlichung des Budgets durch die LSV

525 Schüler_innenparlament

526 Das Schüler_innenparlament (SIP) ist ein Gremium mit kaum zu überschätzendem
527 Potenzial. Es hat das Zeug dazu, eine selbstbewusste Stimme der kärntner
528 Schüler_innen und ein echtes Parlament zu sein, in dem leidenschaftlich und
529 inhaltlich gearbeitet wird. Doch allzu oft scheitert es nicht an den
530 Delegiert_innen sondern an jenen, die das SIP organisieren: An der LSV. Sie hat
531 es in der Hand, das SIP noch weiter aufzuwerten. Auch hier haben wir einige
532 einfache und umsetzbare Forderungen ausgearbeitet.

533 Veröffentlichung beschlossener Anträge

534 Da es auch an Transparenz beim Schüler_innenparlament mangelt, fordern wir,
535 dass jene Anträge, welche im Schüler_innenparlament beschlossen wurden, auf
536 der Website veröffentlicht werden. Außerdem muss in einem Bericht, der am Ende
537 jedes Schuljahres publiziert werden soll, beschrieben werden, was mit den
538 jeweiligen Anträgen geschehen ist.

- 539 • Forderung: Veröffentlichung sowohl der beschlossenen Anträge als auch
540 eines Berichtes, in welchem beschrieben wird, was mit den beschlossenen
541 Anträgen passiert ist

542 3 SiPs im Jahr

543 Wir JUNOS Schüler_innen sind der Meinung, dass 2 SiPs pro Jahr nicht
544 ausreichend sind. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es mindestens 3
545 Schüler_innenparlamente braucht, um die Vielzahl an Anträgen adäquat zu
546 behandeln. In anderen Bundesländern wurde dies bereits umgesetzt.

- 547 • Forderung: 3 SiPs in einem Schuljahr

548 Demokratie

549 Schüler_innen sind im Zentrum der Mission der LSV. Als
550 Landesschüler_innenvertretung ist es ihre große Aufgabe, die Schüler_innen
551 nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten. Für uns ist klar, dass sie ihr
552 Sprachrohr auch dafür nutzen sollte, mehr Mitspracherecht für die
553 Schüler_innen zu ermöglichen und einzufordern. Auch hierfür haben wir uns
554 konkrete und umsetzbare Lösungen überlegt.

555 Mehr Umfragen durch die LSV

556 Da die LSV primär die Aufgabe hat die Schüler_innen zu vertreten, finden wir,
557 dass es mehr Umfragen durch die LSV geben sollte. Dadurch würde sie nicht nur
558 bekannter werden, sondern es wäre auch ein sinnvoller Akt der Kommunikation
559 zwischen der LSV und den Schüler_innen. Die Umfragen sollen entweder auf der
560 Website oder auf Social Media veröffentlicht werden. Darüber hinaus könnte
561 die Schüler_innenvertretung jeder Schule eine E-Mail erhalten, in der auf die
562 Umfrage hingewiesen wird.

- 563 • Forderung: Mehr Umfragen

564 Online – Briefkasten für Schülerinnen

565 Schüler_innen sollten die Möglichkeit haben, ihre Anliegen an die LSV
566 weiterleiten zu können. Daher bedarf es eines Online – Briefkastens, in
567 welchem alle Schüler_innen ihre Bedürfnisse einbringen können. Jener soll auf
568 der Website der LSV veröffentlicht werden.

- 569 • Forderung: Online – Briefkasten durch die LSV

570 Direktwahl der Landesschüler_innenvertretung

571 Echte Demokratie ist uns JUNOS Schüler_innen ein wichtiges Anliegen. Zwar ist
572 es nicht möglich, dass die LSV eine Direktwahl der
573 Landesschüler_innenvertretung direkt umsetzt, jedoch kann sie sich dafür
574 einsetzen.

- 575 • Forderung: Direktwahl der LSV

576 Einführung eines/einer Unterstufensprecher_in

577 An vielen Schulen gibt es keine_n Unterstufensprecher_in, was jedoch durchaus
578 sinnvoll wäre, da so auch Unterstufenschüler_innen die Möglichkeit haben sich
579 in ihrer Schule zu engagieren. Daher soll die Landesschüler_innenvertretung die
580 SV an den Schulen unterstützen, dass ein_e Unterstufensprecher_in etabliert
581 wird.

- 582 • Forderung: Unterstützung eines/einer
583 Unterstufensprechers/Unterstufensprecherin

584 Veröffentlichung der Geschäftsordnung

585 Uns JUNOS Schüler_innen ist Transparenz sehr wichtig. Die LSV muss hier bei
586 sich selbst anfangen. Damit alle Schülerinnen verstehen, wie sie funktioniert,
587 sollte sie ihre Geschäftsordnung für alle einsehbar machen. Die LSV
588 Niederösterreich zeigt vor, dass es möglich ist. Daher fordern wir, dass die
589 LSV ihre Geschäftsordnung auf der Website veröffentlichen muss.

- 590 • Forderung: Veröffentlichung der Geschäftsordnung der LSV

591 Landesprogramm Wien

592 Gerade in Wien ist die Landesschüler_innenvertretung und der damit
593 einhergehende Wahlkampf oft nicht viel mehr als ein reiner Machtkampf zwischen
594 Rot und Schwarz bzw. Türkis. Doch eigentlich sollte die
595 Landesschüler_innenvertretung viel mehr als das sein. Wir haben das Glück,
596 eine gesetzliche, überschulische Vertretung zu haben, die all uns
597 Schüler_innen vertreten sollte, doch leider rückt dieses Gesamtziel viel zu
598 oft in den Hintergrund. Die LSV kann, soll und muss mehr machen, um eine
599 demokratische, transparente sowie eine mündige Schule zu gewährleisten! Wir
600 sind überzeugt, dass Bildung der Grundstein für alles ist. Setzen wir uns
601 gemeinsam dafür ein, dass wir das Bildungssystem verbessern, anstatt uns mit
602 einem Kampf der Altparteien zu beschäftigen. Am Ende sollte nur eine Gruppe
603 gewinnen: die Schülerinnen und Schüler Wiens.

604 Demokratie, Transparenz und Ehrlichkeit

605 Um zu gewährleisten, dass das Vertreten und Fördern aller Schüler_innen
606 jederzeit das Hauptaugenmerk der Landesschüler_innenvertretung bleibt, braucht
607 es schlichtweg mehr Transparenz. Wie soll man denn von einer echten Demokratie
608 sprechen, wenn man gar nicht weiß, an welchen Projekten unsere
609 Repräsentant_innen monatelang arbeiten bzw. was sie tun, um uns zu vertreten?
610 Um dem entgegenzuwirken, braucht es allenfalls Berichtspflichten der LSV, um
611 eine wahre Vertretung zu gewährleisten.

- 612 • *Wir fordern die verpflichtende Veröffentlichung eines Jahresberichts der*
613 *einzelnen LSV-Mitglieder am Ende jedes Turnus*
- 614 • *Wir fordern die Einführung einer Projektampel auf der Website der LSV.*
615 *Diese Ampel soll für jedes einzelne Projekt der LSV anzeigen, ob dieses*

bereits durchgeführt wurde, in Bearbeitung ist, oder noch nicht begonnen wurde.

Der wohl wichtigste Punkt bezüglich Demokratie wurde bei den obenstehenden Forderungspunkten jedoch außenvorgelassen – das allgemeine Wahlrecht. Wie kann man guten Gewissens von einem demokratischen System sprechen, wenn sich nur Schulsprecher_innen daran beteiligen dürfen? Es kann und darf nicht sein, dass nur 0,2% aller Wiener Oberstufenschüler_innen das Privileg haben, ihre gesetzliche Vertretung auf Landesebene zu wählen.

- Wir fordern ein Einsetzen der LSV für eine proportionale Verteilung der LSV-Mandate, welche durch eine Direktwahl ermittelt wird. Hierbei soll jede_r Oberstufenschüler_in die Möglichkeit bekommen, die eigene Vertretung auf Landesebene zu wählen, um ein demokratischeres System zu gewährleisten.*

Mündig, verantwortungsbewusst und bereit fürs Leben

Um dieses demokratische Grunddenken noch weiter zu stärken und für eine bessere Vertretung zu sorgen braucht es außerdem mehr Aufklärung über das österreichische SV-System. Es ist unfassbar schade, dass der großen Mehrheit der Schüler_innen außerhalb der SV-Bubble gar nicht bewusst ist, dass wir das Privileg haben, eine gesetzlich verankerte, überschulische Vertretung auf Landes- und Bundesebene zu haben. Eine Vertretung ist nur eine Vertretung, wenn alle wissen, dass sie vertreten werden.

- Wir fordern, dass die LSV Kampagnen zur Vorstellung des österreichischen SV-Systems an Wiener Schulen startet, um Schüler_innen politisch aufzuklären. Dabei soll nicht nur das System erklärt werden, sondern auch wie man sich einbringen kann und was die aktuellen Forderungen sind.*

Jedoch braucht es nicht nur politische Aufklärung an Schulen, sondern Aufklärung in allen Lebensbereichen, um sicherzustellen, dass man bestens aufs Leben vorbereitet ist. Gerade bei Themen wie beispielsweise Sexualkunde, Drogen oder mentale Gesundheit, zögern Schüler_innen verständlicherweise oftmals, sich ihren Lehrkräften anzuvertrauen. Daher sollte es mehr Möglichkeiten geben, mit schulexternen Personen über jene Themen und Herausforderungen zu sprechen.

- Wir fordern, dass sich die LSV aktiv für vermehrte Angebote externe*

Personen an Schulen zu holen, einsetzt, welche es Schüler_innen ermöglichen sollen, sich bestens auf das Leben vorbereitet zu fühlen.

Vor allem auch das Erlernen wichtiger Grundkompetenzen wie beispielsweise kritisches Denken oder Basiskenntnisse in Sachen Rhetorik sind Voraussetzungen um am politischen, aber oftmals auch, um am herkömmlichen Alltag teilzunehmen. Da die Schule der prägendste Ort für die Charakterbildung junger Menschen ist, muss hier angesetzt werden. Man sollte in der Schule bereits lernen, wie man kritisch denkt, Kritik äußert und Diskussionen führt.

Unmündig zu sein ist einfach, mündig und selberdenkend zu sein ist anstrengend, aber es lohnt sich.

- *Wir fordern, dass die LSV Workshops zu Rhetorik anbietet und sich für mehr kritisches Denken in der Schule einsetzt. Da es aber sehr viele Schulen gibt und es de facto unmöglich ist an allen Workshops anzubieten, soll sie Schüler_innenvertretungen helfen, diese Workshops in ihrer Schule durchzuführen, um die Diskussionskultur und politische Partizipation unter Jugendlichen zu fördern.*

Umfragen zur politischen Bildung

Anhand von Umfragen zu politischer Bildung soll ein momentaner Kenntnisstand ermittelt werden. Dadurch können Maßnahmen getroffen werden, die Schüler_innen auf ein notwendiges Wissensniveau bringen, dass sie im späteren Leben benötigen.

- Wir fordern eine wienweite Umfrage zur politischen Bildung, um einen allgemeinen Wissenstand festlegen zu können.

Offen, flexibel und modern

Damit Schüler_innen nicht nur politisch und professionell aufgeklärt sind, sondern auch ihrer Umwelt gegenüber aufgeschlossen entgegenzutreten, ist es wichtig, sie auf viele wichtige Themen der heutigen Zeit zu sensibilisieren. Auch wenn vor dem Gesetz alle Geschlechter gleichgestellt sind, ist dies in der Realität immer noch viel zu selten der Fall. Bereits in Schulen, müssen Kinder und Jugendliche lernen, wieso dies aber so wichtig ist und wie man aktiv gegen Benachteiligung einzelner Geschlechter vorgehen kann. Es bringt nichts, wenn man

aus Prinzip eine Einstellung zu gewissen Themen hat, man sollte wissen warum man eine gewisse Meinung hat und diese Meinung verstehen.

- *Wir fordern, dass die LSV sich für vermehrten Aufklärungsunterricht bezüglich Gleichstellung der Geschlechter einsetzt sowie die Entwicklung konkreter Projekte für Schüler_innenvertretungen. (Workshops, Seminare,...)*

Neben der geschlechterbasierten Benachteiligung kommt es auch noch immer viel zu oft zur Diskriminierung bestimmter Minderheiten. Wir leben jedoch in einer derart globalisierten und interkulturellen Welt, dass dies längst ein Problem der Vergangenheit sein sollte. Auch hier spielt die Schule natürlich eine Schlüsselrolle in der Prävention, da sie versuchen sollte, durch interkulturelleren und aufgeschlosseneren Unterricht Präventivarbeit zu leisten. Ein Mensch ist in seinem sein frei, und muss niemanden aktiv unterstützen, aber das absolute Minimum ist die Toleranz sowie die Akzeptanz.

- *Wir fordern dass sich die LSV für mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstanlen von Workshops, Seminaren oder Event einsetzt, welche Toleranz und ein freies miteinander für alle fördern.*

Landesprogramm Burgenland

Mündigkeit

Heutzutage werden Schüler_innnen mit Stoff überschüttet. Dennoch stehen sie im späteren Leben unwissend da. In Unterrichtsfächern werden zwar detailliert Informationen zur jeweiligen Materie weitergegeben, doch Themen wie Politik und Wirtschaft werden kaum behandelt. Doch genau diese zwei Faktoren sind wichtig für ein mündiges Leben. Deswegen fordern wir JUNOS Schüler_innen:

Umfragen zur politischen Bildung

Anhand von Umfragen zu politischer Bildung soll ein momentaner Kenntnisstand ermittelt werden. Dadurch können Maßnahmen getroffen werden, die Schüler_innen auf ein notwendiges Wissensniveau bringen, dass sie im späteren Leben benötigen.

- Wir fordern eine burgenlandweite Umfrage zur politischen Bildung, um einen

712 allgemeinen Wissenstand festlegen zu können.

713 Factsheets

714 Factsheets eignen sich gut, um schnell über Wahlen und das politische System in
715 Österreich zu informieren. Diese sollen an Schulen geschickt und von dort aus
716 an Schüler_innen weiter verteilt werden. Dadurch erhalten Schüler_innen die
717 wichtigsten Informationen zu den anstehenden Wahlen gesammelt und erhalten
718 dadurch einen besseren Überblick.

- 719 • Wir fordern, dass bei Wahlen ein Factsheet mit Information zu wichtigen
720 Themen ausgesendet wird, das für jede_n Schüler_in zugänglich ist, um
721 sich gewissenhaft an der Wahl beteiligen zu können.

722 Veranstaltungen

723 Auch Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen und Expert_innenrunden gewähren
724 neue Perspektiven zu aktuellen Themen, die jeden von uns betreffen. In
725 Gesprächen sollen Fachleute oder Politiker_innen Informationen weiter geben,
726 die im Schulunterricht ausbleiben und auf ein mündiges Leben vorbereiten.

- 727 • Wir fordern ein Angebot an Podiumsdiskussionen und Expert_innenrunden, die
728 auf Schüler_innen ausgerichtet sind, damit man für das spätere Leben
729 besser vorbereitet wird und einen Einblick erhält.

730 Transparenz

731 Die Schüler_innenvertretung ist dazu da, Schüler_innen vor der höheren
732 Instanz (Politik, Land und Bund) zu vertreten. Sie wird von den Schüler_innen
733 gewählt und soll in ihrem Interesse handeln. Doch damit diese Arbeit
734 übersichtlich ist und Vertrauen in die Schüler_innenvertretung aufgebaut
735 werden kann, ist es essentiell, dass diese Tätigkeit so transparent wie
736 möglich bewältigt wird. Um das zu gewährleisten fordern wir JUNOS
737 Schüler_innen:

738 LSV Transparenz

739 Die Landesschüler_innenvertretung soll ihre finanziellen Ausgaben öffentlich

sichtbar machen. Sodass jede_r Schüler_in einsehen kann, wie viel für ein bestimmtes Seminar, oder eine bestimmte Podiumsdiskussion ausgegeben wurde.

- Wir fordern, dass alle finanziellen Ausgaben der Landesschüler_innenvertretung offengelegt werden.

In Zukunft sollen alle LSV-Treffen mit politischen Vertretern öffentlich angegeben werden. Schüler_innen können somit sehen wie oft und mit welchen politischen Parteien sich die LSV austauscht, um die Forderungen der Schüler_innen zu vertreten.

- Wir fordern, dass alle Termine mit politischen Vertreten für alle Schüler_innen offengelegt werden.

Ein weiterer Punkt, der die LSV transparenter gestalten soll, ist die Veröffentlichung der positiv abgestimmten Anträge vom Schüler_innenparlament. Dadurch können Schüler_innen sehen, welche Forderungen demokratisch abgestimmt wurden, bzw. wie sie abgestimmt wurden und für welche sich die LSV in Zukunft stark macht. Um die Entscheidungen im SiP nachvollziehen zu können, soll dazu auch das Protokoll veröffentlicht werden.

- Wir fordern, dass alle positiv abgestimmten Anträge des Schüler_innenparlaments sowie das Protokoll nach der Veranstaltung für alle Schüler_innen veröffentlicht werden.

SV-Aufklärung

Doch damit die SV überhaupt transparent sein kann, muss deren Konstrukt von jeder und jedem verstanden werden. Darum ist es wichtig, dass Aufklärungsarbeit geleistet wird und Informationen bereitgestellt werden.

Durch eine LSV-on Tour können Informationen direkt von der LSV an die jeweilige SV bzw. die Schüler_innen einer Schule übergeben werden, indem jede Schule von einer_m Landesschüler_innenvertreter besucht wird.

- Wir fordern eine LSV-on Tour, in der jede Schüler_innenvertretung persönlich oder digital über das SV-System aufgeklärt wird.

Außerdem sollen durch Factsheets wichtige Informationen zur SV an jede Schulstandort geschickt werden, um weitere Aufklärungsarbeit zu ermöglichen.

- Wir fordern ein Factsheet, das für jede_n Schüler_in zugänglich ist, auf welchem das SV-System erklärt wird.

Auch in Videos, die für jede_n Schüler_in zugänglich sind, sollen die Funktionen und den Aufbau der SV noch einmal deutlich erklären, sodass für jede Person das Konstrukt SV und dessen Vorteile erläutert werden.

- Wir fordern Aufklärungsvideos, welche auf Social Media hochgeladen werden, die das SV-System erklären.

Landesprogramm Salzburg

Präambel

Ideologische Grabenkämpfe, kaum Einsichtmöglichkeiten und wenig Mut für Neues prägten in den letzten Jahren die Arbeit der Salzburger Landeschüler_innenvertretung. Doch eigentlich sollte klar sein: Das Potenzial der LSV ist noch lange nicht ausgeschöpft. Alle Schüler_innen Salzburgs haben das Recht, partizipativ bei der Verbesserung des Bildungssystems teilzuhaben, Einsicht in die Arbeit der LSV zu nehmen und eigene Projekte umzusetzen. Mit diesem Landesprogramm wollen wir einen Rahmen bieten, der die LSV zu dem macht, was sie eigentlich sein soll - die transparente, demokratische und partizipative Vertretung aller Salzburger Schüler_innen.

Transparenz

Als gesetzlich gewählte Vertretung aller Schüler_innen Salzburgs hat die Landeschüler_innenvertretung die Aufgabe, Einblick in ihre Arbeit zu gewähren. Davon sind wir derzeit noch weit entfernt. Weder eine eigene Website, wie es sie in anderen Bundesländer bereits seit langem gibt, noch eine transparente Auflistung der Einnahmen und Ausgaben, wurde bisher umgesetzt. Das verunmöglicht es einzusehen, was unsere Vertreter_innen in unserem Namen eigentlich fordern.

Es geht aber auch anders: Durch konsequent umgesetzte Berichtspflichten der einzelnen Referent_innen im Rahmen eines Jahresberichts sowie durch

798 regelmäßige Updates auf einem Blog wird das Wirkungspotenzial der LSV
799 zunehmend sichtbar. Denn: Wer seine Arbeit gut macht, hat nichts zu verstecken.

800 • Wir fordern, dass die LSV am Ende des Schuljahres einen Jahresbericht bzw.
801 Berichte der einzelnen Referent_innen veröffentlicht. Diese müssen noch
802 vor den LSV-Wahlen im Juli publik gemacht werden.

803 • Weiters fordern wir, dass die Salzburger LSV eine Website aufsetzt, auf
804 der jeden Monat ein Update zur Arbeit im Rahmen eines Blogs
805 veröffentlicht wird.

806 In Zeiten von Korruption wird ein transparenter Umgang mit Geld immer wichtiger.
807 Das gilt auch für die LSV. Auf der Website soll deshalb eine
808 Transparenzdatenbank veröffentlicht werden, in der jegliche Einnahmen und
809 Ausgaben ersichtlich sind. Das schließt Spenden selbstverständlich mit ein. Am
810 Ende des Jahres muss diese von einem unabhängigen Gremium überprüft werden.

811 • Wir fordern, dass die LSV all ihre Einnahmen und Ausgaben im Rahmen einer
812 Transparenzdatenbank offenlegt.

813 Schüler_innenparlament

814 Das SIP ist eine der wenigen Möglichkeiten, bei denen sich Schüler_innen
815 produktiv und nachhaltig für ein besseres Bildungssystem einsetzen können.
816 Dazu zählt auch das Erweitern und Abändern von bereits eingereichte Anträgen.
817 Doch auch der kreativste Mensch braucht Zeit zum Nachdenken, was und wie man
818 Schule verbessern kann.

819 • Darum fordern wir, dass die LSV die Antragsmappe fünf Tage vor dem SIP
820 veröffentlicht.

821 Was tatsächlich beim SIP beschlossen wurde, ist den meisten Schüler_innen
822 unbekannt. Auch die Frage, was mit beschlossenen Anträgen passiert, bleibt oft
823 unbeantwortet. Es ist jedoch essenziell, dass die LSV Aufschluss über die
824 Weiterreichung und Umsetzung von positiv abgestimmten Anträgen gibt. Außerdem
825 sollten SIPs leichter und zeitgemäßer zugänglich sein.

- Wir fordern, dass die LSV beschlossene Anträge auf der Website inklusive Status (umgesetzt, vertagt, usw) veröffentlicht.

- Weiters fordern wir, dass die LSV nach den Gesprächen mit den Bildungssprecher_innen ein Fazit im Hinblick auf die besprochenen Anträge des SIPs veröffentlicht.

- Außerdem fordern wir, dass das SIP auf Instagram gestreamt wird, um die Zielgruppe adäquat zu erreichen.

Demokratie und Partizipation

Es ist schwer, die Wünsche, Ideen und Meinungen aller Schüler_innen zu erheben und dann als Schüler_innenvertreter_in auch umzusetzen. Was dabei hilft, ist ein schulinternes Schüler_innenparlament - die Umsetzung eines solchen birgt jedoch einige Tücken.

- Wir fordern deshalb, dass lokale Schüler_innenvertretungen bei der Organisation von internen SIPs und Podiumsdiskussionen seitens der Landesschüler_innenvertretung unterstützt werden.

Kaum ein_e Schüler_in kennt die LSV, die einzelnen Referent_innen und deren Aufgaben, welche meist sehr undurchsichtig sind. Es ist schwer, sich an zuständige Personen zu wenden, wenn diese unbekannt sind - dadurch bleiben viele viele Möglichkeiten zur Verbesserung des Schulsystems auf der Strecke!

- Deshalb fordern wir, dass sich die LSV verpflichtend allen Schülerinnen und Schülern Salzburgs präsentiert, und ihnen die Möglichkeit gibt, sich an sie möglichst niederschwellig wenden zu können.

Die Salzburger Landesschüler_innenvertretung besteht in jedem Bereich aus fünf aktiven und fünf passiven Vertreter_innen. Obwohl auch die passive LSV gesetzlich gewählt ist, wird sie bisher meist kaum miteinbezogen. Dadurch geht viel Arbeitskraft und Motivation verloren.

- Wir fordern, dass die passive LSV zu angemessenen Teilen in die Arbeit der

853 aktiven Landesschüler_innenvertretung eingebunden wird.

854 Unser Projekt: E-Sport für alle ermöglichen

855 Das Interesse am E-Sport ist in Österreich in den vergangenen zwei Jahren stark
856 gestiegen, weshalb wir JUNOS Schüler_innen Salzburg uns zur Aufgabe gemacht
857 haben, genau dieses Begabung zu fördern. Solch eine Gelegenheit fördert auch
858 die Kommunikation zwischen verschiedenen Schulen und es entstehen neue
859 Bindungen. Dabei haben wir ein Konzept entwickelt, welches den Jugendschutz
860 beinhaltet. Es wird alles streng kontrolliert, damit E-Sport auch richtig
861 ausgeführt wird. Dieses Event wird von Schüler_innen für Schüler_innen
862 betrieben. Dadurch kommen wir zur Forderung:

- 863 • Wir fordern, dass sich die LSV für eine Schul-E-Sport Landesmeisterschaft
864 pro Schuljahr für zwei ausgewählte Spieltitel einsetzt.

865 Bei Interesse der jeweiligen Schulen soll die LSV lokale
866 Schüler_innenvertretungen dabei unterstützen, das Freifach "E-Sport" zu
867 implementieren. Dieses wird erfordert, um die Teamfähigkeit der interessierten
868 Schüler_innen zu fördern. Dadurch lernen sie auch, miteinander konstruktiver
869 umzugehen. In diesem Freifach wird nicht nur gespielt, sondern es wird auch
870 Organisatorisches geklärt. Empfohlen sind mindestens eine Stunde
871 Theorie/Strategie/Team-Building und zwei bis vier Stunden Online-Training. Das
872 Online-Training erfolgt am Abend zuhause bei den Spieler_innen.

- 873 • Wir fordern, dass die LSV Schüler_innenvertretungen bei Interesse bei der
874 Implementierung eines E-Sport Freifaches unterstützt.

875 Dadurch, dass das Interesse an E-Sport in Österreich so gewachsen ist, wäre es
876 notwendig, genau für diesen Bereich ein_e Referent_in in der LSV zu haben.
877 Diese_r vertritt die Implementierung von E-Sport an den jeweiligen Schulen.

- 878 • Wir fordern eine_n E-Sport-Referent_in in der LSV, welche_r passiv oder
879 aktiv sein kann.

880 **Landesprogramm Tirol**

881 Präambel:

882 Wir leben in der bewegtesten Zeit seit langem (man denke nur an die Debatten
883 rund um die Matura oder die Schließung von Schulen), deshalb liegt es jetzt an
884 uns etwas zu verändern - einen Unterschied zu machen und in unseren Schule
885 wirklich etwas weiter zu bringen. Daher haben wir uns dazu entschieden dieses
886 Jahr den Fokus auf Aspekte zu legen, die nachhaltig und langfristig Verbesserung
887 erleichtern, beschleunigen und teilweise erst ermöglichen. Denn nur dadurch
888 können wir uns endlich auf das nächste Level katapultieren!

889 Transparenz und Demokratie

890 Ein Schlagwort, mit dem oft bedeutungslos um sich geworfen wird, obwohl es
891 eigentlich eine sehr wichtige Bedeutung hat. Denn je transparenter ein System
892 aufgebaut ist, desto mehr weiß jede_r auch über dessen Inhalte und
893 Möglichkeiten, aber auch Problematiken und deren Bekämpfungsmöglichkeiten
894 Bescheid. Dies ermöglicht erst eine gemeinsame, praktische und zielgerichtete
895 Weiterentwicklung.

896 Transparenz und Demokratie in der Landeschüler_innenvertretung

897 Wir wünschen uns eine Schule in der, wenn jemand "LSV" sagt, man nicht als
898 Antwort "Gesundheit" hört - In der man über die Tätigkeiten der LSV nicht
899 nur Bescheid weiß, sondern auch mit eingebunden wird, was ein gesteigertes
900 Interesse erst ermöglicht.

901 Aber leider verhindern manche Punkte diese Vorstellung noch:

- 902 • Zum einen wird die LSV nur von einer Person an der Schule gewählt, ein
903 nicht nur undemokratisches, sondern vor allem auch nicht repräsentatives
904 System. Außerdem hindert dies natürlich auch die Bekanntheit der LSV, da
905 man sie nicht direkt wählen kann.
- 906 • Andererseits, um dieses Wahlrecht erst kompetent ausüben zu können,
907 bräuchte es auch eine bessere Kommunikation zwischen Schüler_in und LSV.
908 Allerdings kommuniziert die LSV fast exklusiv mit der aktiven SV, obwohl
909 sie eigentlich alle vertreten sollten. Es fehlt der Dialog zwischen LSV
910 und Schüler_innen. Außerdem ist ein Wortloses Abtreten am Ende der
911 Amtszeit unserer Meinung nach auch nicht Sinn der Sache.

- Demokratien funktionieren nur, wenn man deren Gremien auch tagen lässt. Schüler_innenparlamente finden allerdings teilweise nur einmal im Semester statt und behandeln dabei nur einen Bruchteil ihrer Tagesordnungspunkte.
- Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Schüler_innen der Oberstufe ein aktives Wahlrecht haben.
- Jedes Mitglied der LSV soll am Ende ihrer Amtszeit Rechenschaft in Form eines Berichtes ablegen und ein Referat für Kommunikation mit Schüler_innen soll geschaffen werden.
- Pro Semester sollen mindestens zwei Schüler_innenparlamente stattfinden.

Transparenz in der Schule

Aber was für die LSV gilt, gilt auch für die Schule. Wir stellen uns eine kooperative und transparente Umgebung in den Schulen vor, in der wir uns weiterbilden und gegenseitig unterstützen können. Doch dem stehen leider noch zwei essentielle Problematiken im Weg:

- Feedback ist und war schon immer eine heikle Angelegenheit, einerseits sind meist Repressalien zu befürchten, andererseits bietet sich selten oder überhaupt nie die Gelegenheit dazu.
- In vielen Fällen gleichen Noten einer Art Blackbox und können in Fällen schwer nachvollziehbar sein.
- Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die LSV ein einheitliches und leicht auswertbares Feedback System fordert, bei dem am Ende jedes Semesters jeder Lehrkraft Feedback gegeben wird.
- Wir verfolgen die Bestrebung, dass Noten detailliert online abrufbar sind.

936 Neutrale Schule

937 Zu einer neutralen und ausgeglichenen Schule gehört auch eine neutrale Klasse,
938 in der alle Religionen gleich wertgeschätzt werden.

939 Religiöse Symbole hängen allerdings nach wie vor in den meisten Klassenräumen
940 an den Wänden. Deshalb ist es elementar diesen Missstand zu bereinigen und sie
941 aus unseren Klassen zu entfernen. Nageln wir die Schule nicht ans Kreuz, sondern
942 schaffen wir eine faire Lernumgebung!

- 943 • Infolgedessen setzen wir uns dafür ein, dass die LSV die Entfernung
944 montierter religiöser Zeichen (Kreuzen) aus Klassenzimmern fordert.

945 Schüler_innenvertretung

946 Viel zu oft werden frisch gewählte SVler_innen einfach ins kalte Wasser
947 geworfen und brauchen daher eine Eingewöhnungszeit. Etwas das eigentlich leicht
948 vermeidbar wäre. Deshalb bräuchte es sobald man wählbar ist, bzw. in der 5.
949 ist, Informationen über die Kompetenzen, Zuständigkeiten und Möglichkeiten
950 der SV.

- 951 • Die LSV sorgt mittels Erklärvideos und einer LSV on Tour für mehr
952 Aufklärung der Schüler_innen über die Schüler_innenvertretung.

953 Weil's nicht wurscht ist

954 Um sich auch schulübergreifend vernetzen zu können und sich mit anderen
955 Schüler_innenvertreter_innen kurzzuschließen braucht es ein lockeres
956 Zusammenkommen.

- 957 • Die LSV veranstaltet am Ende des ersten Semesters einen Ball für
958 Schüler_innenvertreter_innen.

959 **Landesprogramm Steiermark**

960 Transparenz

961 Transparente LSV

962 Die LSV sollte die Vertretung aller steirischen Schüler_innen sein. Doch viel
963 zu viele Schüler_innen wissen nicht, was ihre Vertretung eigentlich macht. Das
964 muss sich ändern. Wir JUNOS Schüler_innen setzen uns für eine transparente
965 LSV ein. Wir wünschen uns eine LSV in der die Finanzen kein Geheimnis, sondern
966 offen einsehbar, sind. Außerdem ist es uns wichtig, mit unseren Projekten und
967 Ideen eine möglichst breite Zielgruppe zu erreichen und dass schaffen wir nur,
968 indem wir frühstmöglich über anstehende Projekte informieren.

- 969 • Erstellung eines Jahresplans/Kalenders, in dem die LSV alle Projekte
970 frühestmöglich bekanntgibt, damit Schüler_innen informiert werden, was
971 geplant und umgesetzt wird. Die LSV soll ihre Finanzen, für alle
972 einsehbar, auf der LSV-Website dokumentieren.

973 (L)SV-Aufklärung

974 Transparenz allein ist jedoch kein Wundermittel. Es braucht mehr Aufklärung
975 über das gesamte SV-System. Schüler_innen müssen das ganze Schuljahr über
976 täglich die Möglichkeit haben, auf Informationen rund um ihre Vertretung
977 zugreifen zu können - eine Option zur Realisierung dieser Vorstellung ist die
978 Erstellung und Veröffentlichung von Aufklärungsvideos.

- 979 • Einrichtung einer LSV-Videoplattform, auf der die Schüler_innen laufend
980 Zugriff zu Aufklärungsvideos bezüglich der SV, LSV und BSV haben.

981 SIP-Anträge

982 Das Schüler_innenparlament ist ein wichtiges Gremium im Bereich der
983 Schüler_innenvertretung. Jedes Jahr treffen sich Schüler_innenvertreter_innen
984 aus der gesamten Steiermark und beschließen bildungspolitische Anträge. Doch
985 was passiert eigentlich mit den positiv abgestimmten Anträgen? Auch hier ist
986 mehr Transparenz gefragt. Die LSV soll Schüler_innen auf dem Laufenden halten,
987 wie es mit den Anträgen weitergegangen ist.

- 988 • Auf der Website der LSV sollen laufend Updates gepostet werden, was mit
989 den positiv abgestimmten SIP-Anträgen passiert ist.

990 Mündigkeit

991 Politische Bildung

992 In der Schule lernt man Vieles, ob man alles wirklich braucht, sei
993 dahingestellt. Doch was man definitiv braucht um ein mündiges und
994 selbstbestimmtes Leben führen zu können ist ein grundlegendes politisches
995 Verständnis. Wir JUNOS Schüler_innen wollen uns dafür stark machen, dass
996 bereits in der ersten Klasse jeder Oberstufe der politische Wissenstand der
997 Schüler_innen ermittelt wird. Nachdem der Wissenstand festgestellt wurde,
998 können Lehrkräfte den Schüler_innen gezielt das politische Wissen mitgeben,
999 dass ihnen noch fehlt.

- 1000 • Die LSV soll mittels einer großen Umfrage den Wissensstand der
1001 Schüler_innen im Bereich politische Bildung ermitteln.

1002 Demokratie

1003 Direkte LSV-Wahlen

1004 Nach wie vor wird zahlreichen Schüler_innen das direkte Wahlrecht ihrer LSV
1005 verwehrt. Wir JUNOS Schüler_innen werden nicht aufgeben und uns weiterhin für
1006 ein demokratisches Wahlsystem einsetzen.

- 1007 • Die LSV muss sich für ein direktes Wahlsystem einsetzen.

1008 SIP-Geschäftsordnung

1009 In der SIP-Geschäftsordnung sind die „Spielregeln“ des
1010 Schüler_innenparlaments verankert. Besonders aussagekräftig sind diese
1011 „Spielregeln“ allerdings nicht. Nach wie vor kann die LSV die
1012 Geschäftsordnung beliebig in einer internen Sitzung abändern – dem wollen wir
1013 JUNOS Schüler_innen ein Ende bereiten. Nicht um sonst gibt es bei jedem
1014 Schüler_innenparlament die Möglichkeit GOAnträge einzubringen. Auch die LSV
1015 soll für ihre Änderungen davon Gebrauch machen müssen. Außerdem soll sich
1016 auch die LSV an die Geschäftsordnung halten. Es gab schon Fälle, in denen sich
1017 die LSV nicht an ihre eigenen Regeln gehalten hat – auch dem muss ein Ende
1018 gesetzt werden.

- 1019 • Die SIP-GO darf nur mehr beim SIP abgeändert werden und nicht in internen
1020 LSV-Sitzungen. Es muss kontrolliert werden, dass sich auch die Mitglieder
1021 der LSV an die SIP-GO halten. Ausnahmen dürfen nicht zugelassen werden.

1022 Freiheit

1023 Schüler_innenautonomie

1024 In den letzten Jahren mussten wir aufgrund der Corona-Pandemie einen großen
1025 Teil unserer Freiheit aufgeben. Wir JUNOS Schüler_innen legen nun viel Wert
1026 darauf, den Schüler_innen noch mehr Freiheit zurückzugeben, als sie verloren
1027 haben – zumindest in der Schule. Leider ist, durch die Pandemie bedingt, auch
1028 ein großer Teil der Motivation von Schüler_innen verloren gegangen. Wir
1029 brauchen daher Konzepte, die den Ehrgeiz erneut wecken. Schüler_innen sollen
1030 daher ab einem Notendurchschnitt von 1,5 von diversen Schulzwängen befreit
1031 werden und eine geringere Anwesenheitsquote erfüllen müssen. Die dadurch
1032 gewonnene Zeit kann dann zur individuellen Selbstverwirklichung genutzt werden.

- 1033 • Schüler_innen sollen die Möglichkeit haben, bei guten Leistungen von
1034 Schulzwängen befreit zu werden. Die Aufgabe der LSV ist es, dieses
1035 Konzept vor politischen Vertreter_innen zu bewerben.

1036 **Landesprogramm Oberösterreich**

1037 Präambel:

1038 Während viele Bereiche unseres alltäglichen Lebens ständig erneuert werden,
1039 verharrt das oberösterreichische Schulsystem auf veralteten Normen und
1040 Prinzipien. Um auch in den Schulen auf dem neuesten Stand zu sein, braucht es
1041 kreative und neue Ansätze zur Aufwertung des Schulalltages. Nun ist es die
1042 Aufgabe von uns Schülerinnen und Schülern, das Schulsystem nachhaltig zu
1043 verbessern.

1044 Transparenz

1045 Nachvollziehbare Reihung der Anträge

1046 Das Schüler_innen Parlament ist in Oberösterreich der einzige Ort, wo jede_r
1047 Schüler_in seine eigenen Interessen vertreten kann. Um aber einen gerechten und

1048 sinnvollen Ablauf des SiPs sicherstellen zu können, müssen auch die
1049 eingebrachten Anträge transparent und demokratisch gereiht werden. Da dies
1050 bisher nicht der Fall war fordern wir eine nachvollziehbare Abstimmung über die
1051 eingebrachten Anträge nach dem Alex Müller Verfahren. Hier können alle
1052 Teilnehmer_innen des SiPs eine bestimmte Anzahl an Punkten vergeben und daraus
1053 ergibt sich eine demokratische Reihung der Anträge.

- 1054 • Die LSV soll einen Geschäftsordnungsantrag einbringen, der die
1055 demokratische Abstimmung der Anträge nach dem Alex-Müller-Verfahren
1056 fordert.

1057 Veröffentlichung Wahlergebnis

1058 Das Ergebnis der LSV-Wahlen ist nicht einsehbar für normale Schüler/Innen, da
1059 man von keiner Seite Informationen bekommt. Das Einzige, was derzeit sichtbar
1060 ist, sind die aktiven Landesschüler_innenvertreter_innen, aber es gibt auch
1061 eine passive LSV. Wer ist Mitglied davon, bzw. wie viele Stimmen bekam der
1062 Kandidat, dem ich meine Stimme gegeben habe? Wir fordern also die
1063 Veröffentlichung des vollständigen LSV-Wahl-Ergebnis, damit sich jeder
1064 Interessierte informieren kann, wer nun wirklich in seiner gesetzlichen
1065 Vertretung ist Außerdem ist dies ein erster Schritt in Richtung Transparenz in
1066 der LSV.

- 1067 • Wir fordern die LSV dazu auf, das Ergebnis der LSV-Wahl lückenlos zu
1068 veröffentlichen.

1069 Politisch neutral

1070 Da die LSV die Vertretung aller Schüler_innen Oberösterreich darstellt ist es
1071 wichtig, dass diese auch politisch unabhängig agiert. Um den Einfluss von
1072 politischen Parteien in der LSV kontrollieren zu können, braucht es eine
1073 Veröffentlichung aller Aktivitäten der LSV mit politischen Organisationen.
1074 Diese Offenlegung soll für jede_n Schüler_in zugänglich sein und
1075 verständnisvoll gestaltet werden.

- 1076 • Wir fordern, dass jegliche Kooperation der LSV zu politischen
1077 Organisationen offengelegt wird.

1078 Offenlegung der LSV Finanzen

1079 Die LSV ist derzeit nicht dazu verpflichtet, ihre finanziellen Unterstützungen
1080 und Ausgaben zu veröffentlichen. Dennoch ist es unverständlich, warum die
1081 Ausgaben der LSV nicht einmal auf Anfrage im SiP veröffentlicht werden. Im
1082 Sinne der Transparenz und der Fairness ist es aber essenziell, dass alle
1083 Finanzen einsehbar sind. Nur so können die Ausgaben und Einnahmen der LSV
1084 kontrolliert und nachvollzogen werden.

- 1085 • Wir fordern, dass sich die LSV dafür einsetzt, ihre Finanzen offenlegen
1086 zu dürfen und diese dann für jede_n Schüler_in offen zugänglich macht.
1087 Sollte dies rechtlich nicht möglich sein, sollte die LSV ihre Anträge
1088 auf Finanzierung an die Bildungsdirektion und die Bestätigung oder
1089 Ablehnung dieser zugänglich machen.

1090 Mündigkeit

1091 Factsheets politische Bildung

1092 Schon seit Jahren fordern die Schüler_innen sowohl im SiP, als auch im
1093 öffentlichen Diskurs den Ausbau von politischer Bildung in der Schule. Da die
1094 zuständigen Behörden diesen Forderungen noch nicht nachgegangen sind, liegt
1095 die Verantwortung bei der LSV die politische Bildung an den Schulen
1096 voranzutreiben. Deshalb ist es sinnvoll, dass vor Nationalrats-, Landtags- und
1097 Bundespräsidentenwahlen Factsheets über die antretenden Parteien und Personen
1098 veröffentlicht werden. Diese Factsheets sollen anschließend an alle Schulen
1099 ausgeschickt werden, die jene dann an die Schüler_innen verteilen.

- 1100 • Deshalb fordern wir von der LSV die Erstellung und Veröffentlichung von
1101 Factsheets zur politischen Information vor anstehenden Nationalrats-,
1102 Landtags-, Bundespräsidentenwahlen.

1103 SGA-What?

1104 Der Schulgemeinschaftsausschuss ist in Österreich ein gesetzlich verankert
1105 Instrument für die Absprache zwischen der Direktor_in, den Eltern, den
1106 Lehrer_innen und vor allem den Schüler_innenvertreter_innen. Außerhalb der
1107 Schüler_innenvertretung wissen aber die wenigsten Schülerinnen und Schüler,
1108 dass es diese innerschulische Kommunikation gibt. Unserer Meinung nach hat
1109 jedoch jede Schülerin und jeder Schüler es verdient, über die Entscheidungen
1110 und Diskussionen des SGAs informiert zu werden.

1111 Die wichtigen Angelegenheiten, die der Schulgemeinschaftsausschuss beschließt,
1112 bleiben meist im Verborgenen und für Schüler_innen uneinsichtig. Im Sinne der
1113 Transparenz und der Mündigkeit jede_r Schüler_in ist es daher die einzig
1114 richtige Entscheidung, die ohnehin mitgeschriebenen SGA-Protokolle zu
1115 veröffentlichen. Nur mit einer transparenten Offenlegung der Entscheidungen und
1116 Projekte, die von den Vertretern_innen der Schulgemeinschaft beschlossen werden,
1117 kann gewährleistet werden, dass die Schüler_innen nicht im Verborgenen
1118 verbleiben. Die beschlossenen Anträge und Projekte werden ohnehin umgesetzt,
1119 aber Schüler_innen können die Abläufe in der eigenen Schule oft nicht
1120 nachvollziehen.

1121 • Die Protokolle der SGA-Sitzungen für alle Schülerinnen und Schüler
1122 verpflichtend offengelegt.

1123 • Mehr Aufklärung in Form von Factsheets über den SGA veröffentlicht
1124 wird.

1125 Chancengerechtigkeit

1126 Ethik statt Religion

1127 In Österreich gibt es die Religionsfreiheit. Diese „Freiheit“ kann aber
1128 gerade von jungen Schüler_innen nicht gelebt werden. Beim Eintritt in die
1129 Hauptschule sind die meisten der Schüler_innen noch nicht dazu bereit, sich
1130 eine umfassende Meinung über die verschiedensten Glaubensrichtungen zu bilden.
1131 Deshalb ist es unverständlich, dass dennoch die meisten von jenen in den
1132 Religionsunterricht geschickt werden. Viel sinnvoller wäre es an dieser Stelle
1133 nicht den Religionsunterricht, sondern den Ethikunterricht verpflichtend zu
1134 machen. Ab dem 14. Lebensjahr soll dann selbst entschieden werden, ob der
1135 Religionsunterricht oder der Ethikunterricht besucht wird.

1136 • Die LSV soll sich dafür einsetzen, dass ein verpflichtender
1137 Ethikunterricht eingeführt wird.

1138 • Wenn dies ausdrücklich erwünscht ist, sollte dennoch die Möglichkeit
1139 bestehen einen Religionsunterricht zu besuchen.

1140 Berufsschulen

1141 Verpflichtendes Französisch an fachspezifischen Berufsschulen

1142 In den fachspezifischen Berufsschulen und Tourismusschulen wurde der
1143 verpflichtende Französischunterricht abgeschafft. Diese Entscheidung bringt
1144 jedoch folgeschwere Defizite in der Ausbildung mit sich. Viele der
1145 Auszubildenden können die relevanten Begriffe in der Gastronomie nicht
1146 aussprechen geschweigenen verstehen. Darum ist es wichtig, dass an den
1147 fachspezifischen Berufsschulen das Fach Französisch wieder eingeführt wird, um
1148 optimal auf das Berufsleben vorbereitet zu werden.

- 1149 • Wiedereinführung des verpflichteten Französischunterrichts in
1150 fachspezifischen Berufsschulen im Bereich der Gastronomie und
1151 Tourismusschulen.

1152 Landesprogramm Vorarlberg

1153 Präambel

1154 Die Schulen stehen vor großen Herausforderungen. Vor allem die Defizite durch
1155 die Pandemie sind allgegenwärtig. Um den Schüler_innen einen besseren
1156 Schulalltag gewähren zu können, wollen die JUNOS Schüler_innen die
1157 Bildungsstätten in das 21. Jahrhundert bringen. Wir wir das bewältigen wollen?
1158 Mit unserem Programm für die Zukunft.

1159 Wirtschafts- und Finanzbildung

1160 Die Teilhabe an der Wirtschaft und dem Finanzmarkt ist heute wichtiger denn je.
1161 Gerade in diesem Bereich wäre die Vermittlung von Wissen enorm wichtig, um
1162 Allen ein Leben in Eigenverantwortung und Freiheit zu ermöglichen. Leider
1163 lässt das Wissen der Schüler_innen in diesem Bereich zu wünschen übrig.
1164 Daran sind allerdings nicht die Schülerinnen und Schüler Schuld, sondern das
1165 System. Leider vermittelt die Schule den Schüler_innen nicht, wie sie eine
1166 Steuererklärung verfassen, Rechnungen bezahlen und ihr Vermögen steigern. Das
1167 muss sich ändern. Daher fordern die JUNOS Schüler_innen Vorarlberg:

- 1168 • Die LSV stellt Workshops zu diesem Thema gemeinsam mit Expert_innen zur
1169 Verfügung.

- 1170 • Lehrpersonen sollen an diesen Workshops ebenso teilnehmen dürfen.

- Die Landesschüler_innenvertretung setzt sich dafür ein, dass die es vor dem Pflichtschulabschluss bereits erste Erfahrung mit Wirtschafts- und Finanzbildung gibt.

1174 Transparenz in der LSV

1175 Transparenz ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit. Die
1176 Landesschüler_innenvertretung ist als gesetzlich gewählte Vertretung den
1177 Schülerinnen und Schülern gegenüber verpflichtet, Einblick in ihre Arbeit zu
1178 gewähren. Viele Schüler_innen wissen nicht über ihre Vertretung bescheid und
1179 fühlen sich daher nicht oder nur schlecht Vertreten. Um diese Missstände zu
1180 beheben, fordern wir:

- Am Ende jeder Legislaturperiode und noch vor den LSW-Wahlen muss die LSV einen Jahresbericht veröffentlichen und den Schüler_innen gegenüber Rechenschaft ablegen.

- Die LSV muss ALLE Einnahmen und Ausgaben in einem Bericht veröffentlichen.

1186 Schulautonomie

1187 Mehr Freiheit – das braucht es nicht nur im Leben, sondern auch in den
1188 Schulen. Vor allem in Bezug auf den Standort und Finanzielle Ressourcen. Mit dem
1189 Standort ist auch eine finanzielle Freiheit eng verbunden. Doch die finanzielle
1190 Freiheit ist nicht nur ein Privileg der Direktion. Das Budget einer Schule geht
1191 die gesamte Schulgemeinschaft etwas an. Dies ist vor allem in Zeiten vergangener
1192 Korruptionsfälle wichtig. Das Budget muss dem Schulgemeinschaftsausschuss
1193 vorgelegt und genehmigt werden. Denn nur wer entscheidet, wohin das Budget
1194 fließt, hat echte Kontrolle. Damit die Schulen mehr Autonomie wagen können,
1195 fordern wir:

- Die LSV wird aufgefordert gemeinsam mit den Bildungssprecher_innen einen Antrag für mehr Schulautonomie zu entwerfen.

- Die LSV muss soll Ihrer rechtlichen Möglichkeiten nachkommen und mehr Initiative bei Schulbauten und deren Ausstattung zeigen, um anderweitige Bauweisen zu ermöglichen SchVG Abschnitt § 3 (1) Punkt 4

1201 **Landesprogramm Niederösterreich**

1202 Die niederösterreichische Landesschüler_innenvertretung sollte eine Vertretung
1203 aller Niederösterreichischen Schüler_innen sein. Zurzeit ist sie das nicht.
1204 Kaum jemand außerhalb der „Schüler_innenvertretung-Bubble“ kennt sie und
1205 selbst wenn, ist sie nur irgendeine Institution mit der
1206 Schüler_innenvertreter_innen direkt nicht viel zu tun haben. Das sollte sie
1207 aber nicht sein. Sie sollte in ständigem Kontakt mit Schüler_innenvertretungen
1208 sein, sie bei Projekten unterstützen und ein offenes Ohr für die Probleme von
1209 Schüler_innen haben. Mit den folgenden 6 gut umsetzbaren Forderungen wollen wir
1210 die niederösterreichische Landesschüler_innenvertretung zu einer Vertretung
1211 aller Schüler_innen Niederösterreichs machen.

1212 Politische Bildung

1213 Politische Bildung ist in der Schule bereits ein Pflichtfach, jedoch fehlen
1214 dabei wichtige Aspekte. Zum Beispiel wissen viele Schüler_innen nach ihrer
1215 Schulzeit nicht einmal, dass sie eine gesetzliche Vertretung hätten und können
1216 bei der Landtagswahl keine informationsbasierte Entscheidung treffen. Mit den 3
1217 Forderungspunkten wollen wir dies ändern.

1218 Factsheets für die Landtagswahl

1219 Die Wahl zum niederösterreichischen Landtag steht kurz bevor, Schüler_innen
1220 bekommen in der Schule jedoch nicht die nötigen Informationen, um informiert
1221 ein Kreuz in der Wahlkabine zu setzen. Dafür soll die
1222 Landesschüler_innenvertretung Factsheets erstellen, mit allen wichtigen
1223 Informationen über die Parteien, die an der Wahl teilnehmen. Diese sollen an
1224 alle Schulen ausgesendet werden.

1225 Daher fordern wir:

- 1226 • die Erstellung und Aussendung von Factsheets mit allen wichtigen
1227 Informationen zur Landtagswahl durch die Landesschüler_innenvertretung

1228 Podiumsdiskussionen Fördern

1229 Podiumsdiskussionen sollten ein zentraler Teil der Diskussionskultur an Schulen
1230 sein. Doch wenn die Direktion diese, aus welchem Grund auch immer, nicht
1231 organisieren will, wird dadurch die ganze Schule benachteiligt und

1232 Schüler_innen wichtige Erfahrungen vorbehalten. In dieser Situation sollten
1233 auch Schüler_innenvertretungen die Möglichkeit bekommen Podiumsdiskussionen zu
1234 veranstalten. Dies ist jedoch mit einem enormen Aufwand verbunden, was viele
1235 Schüler_innenvertretungen davor abschreckt eine Podiumsdiskussion zu
1236 veranstalten.

1237 Hier soll die Landesschüler_innenvertretung Unterstützung bieten. Durch ihre
1238 Erfahrungen bei der Planung großer Events, durch die Bereitstellung von
1239 Materialien und der Findung von guten Gästen für das Podium.

1240 Daher fordern wir:

- 1241 • die direkte Unterstützung von lokalen Schüler_innenvertretungen bei der
1242 Planung von Podiumsdiskussionen durch die Landesschüler_innenvertretung

1243 Schüler_innenvertretung Aufklärung

1244 Der Großteil niederösterreichischer Schüler_innen hat keine Ahnung, dass sie
1245 eine rechtliche Vertretung haben. Sie denken das Schüler_innenvertretung nicht
1246 mehr als die Schüler_innenvertretung an ihrer Schule ist, sie haben meist keine
1247 Ahnung welch enormes Vertretungssystem dahintersteckt und was sie mit ihrer
1248 Stimme bei der Schüler_innenvertretung-Wahl alles beeinflussen könnten.

1249 Die Schüler_innenvertretungs-Pyramide zu erklären dauert lediglich 10 Minuten.
1250 Um das österreichische Schüler_innenvertretung-System detailreich und
1251 sinnergreifend zu lehren benötigt man nicht mehr als eine Stunde. Wäre es dann
1252 nicht logisch dies in den Lehrplan des Geschichts- und/oder Politikunterrichts
1253 zu inkludieren? Ja natürlich! Diesbezüglich ist jedoch noch nichts passiert,
1254 deswegen müssen wir dies in die eigene Hand nehmen.

1255 Daher fordern wir:

- 1256 • die Bereitstellung von Materialien für die Aufklärung über das
1257 österreichische Schüler_innenvertretungssystems auf der Website der
1258 Landesschüler_innenvertretung.

1259 Transparenz

1260 Zurzeit wissen die wenigsten Schüler_innen was die

1261 Landesschüler_innenvertretung in ihrer Arbeit macht. Als die gesetzliche
1262 Vertretung aller Schüler_innen Niederösterreichs muss diese transparenter
1263 gestaltet werden. Damit man sichergehen und überprüfen kann, ob die
1264 Landesschüler_innenvertretung ihre Aufgabe vollständig und gewissenhaft
1265 erledigt und somit eine informierte Entscheidung bei der
1266 Landesschüler_innenvertretungswahl treffen kann. Mit den folgenden Forderungen
1267 wollen wir dies ändern.

1268 Projektampel

1269 Während dem Landesschüler_innenvertretung-Wahlkampf werben Kandidat_innen mit
1270 unzähligen Projekten, umgesetzt werden diese jedoch eher selten. Zusätzlich
1271 ist es für Wähler_innen sehr umständlich herauszufinden, welche Projekte
1272 tatsächlich umgesetzt wurden und welche nicht, dadurch ist eine informierte
1273 Entscheidung bei der Landesschüler_innenvertretung-Wahl unmöglich.

1274 Eine Projektampel, in welcher vermerkt wird, welche Projekte von der
1275 Landesschüler_innenvertretung bereits umgesetzt wurden, noch in der
1276 Umsetzungsphase sind oder noch gar nicht begonnen wurde, würde die Arbeit der
1277 Landesschüler_innenvertretung transparenter gestalten und somit die
1278 Entscheidung der Wähler_innen bei der Landesschüler_innenvertretung-Wahl
1279 erleichtern.

1280 Daher fordern wir:

- 1281 • die Einführung einer offiziellen Projektampel der
1282 Landesschüler_innenvertretung Niederösterreich. Auf dieser soll der
1283 Status jedes Projekts für jeden erkennbar sein.

1284 Landesschüler_innenvertretung Budget-Transparenz

1285 Die meisten Schüler_innen wissen weder, zu welchem Zweck die
1286 Landesschüler_innenvertretung ihr Geld ausgibt, noch welche Einnahmen sie hat.
1287 Wir finden, auf der Landesschüler_innenvertretung Website sollte eine
1288 Transparenz-Datenbank vorhanden sein, auf der alle Einnahmen und Ausgaben zu
1289 finden sind. Auf dieser sollten alle Spenden und jede einzelne Einnahme und
1290 Ausgabe genau dokumentiert werden. Diese soll auch regelmäßig aktualisiert
1291 werden, weiters sollen die Angaben der Landesschüler_innenvertretung von einem
1292 unabhängigen Gremium jährlich auf Richtigkeit überprüft werden. Somit würde
1293 mehr Transparenz in der Landesschüler_innenvertretung vorhanden sein.

1294 Daher fordern wir:

- 1295 • eine Datenbank, die auf der Website der Landesschüler_innenvertretung zu
1296 finden sein soll, in der jede Einnahme und jede Ausgabe genau dokumentiert
1297 wird. Diese muss zusätzlich regelmäßig aktualisiert werden.

1298 Unsere Projekte

1299 Online-Briefkasten

1300 Eine der wichtigsten Aufgaben der Landesschüler_innenvertretung ist es,
1301 Schüler_innen bei Problemen in ihrem Schulalltag zu unterstützen. Oft ist es
1302 jedoch eine große Hürde die Landesschüler_innenvertretung zu kontaktieren.
1303 Ein Online-Briefkasten würde dabei helfen die Hilfe der
1304 Landesschüler_innenvertretung niederschwelliger zu gestalten. Dadurch kann die
1305 Landesschüler_innenvertretung schneller und leichter Probleme erkennen, um
1306 diese effektiver zu lösen.

1307 Daher fordern wir:

- 1308 • einen Online-Briefkasten auf der Website der
1309 Landesschüler_innenvertretung.

1310 Menstruationsartikel an jeder Schultoilette

1311 Die Schule ist ein Ort an dem sich jeder wohlfühlen soll. Jedoch ist sie das
1312 für viele menstruierende Personen nicht. Oft ist dann auch ein Tampon oder eine
1313 Binde nicht auffindbar. Wo bekommt man jetzt Menstruationsartikel her? Diese
1314 Situation darf kein Problem mehr darstellen. Menstruationsartikel sollten, wie
1315 auch Klopapier, an jeder Schultoilette verfügbar sein.

1316 Da dies von vielen Schulen jedoch nicht so gesehen wird, müssen hier
1317 Schüler_innenvertreter_innen einschreiten und Menstruationsartikel selbst an
1318 Schultoiletten zur Verfügung stellen. Viele Schüler_innenvertretungen haben
1319 schon ähnliche Projekte an ihren Schulen umgesetzt und somit andere
1320 Schüler_innenvertretungen bei der Umsetzung unterstützen.

1321 Daher fordern wir:

- 1322 • dass die Landesschüler_innenvertretung Informationen zur Umsetzung von
1323 Projekten, die Menstruationsartikel auf Schultoiletten bringen,
1324 bereitstellen soll. Weiters soll sie Schüler_innenvertreter_innen bei der
1325 Umsetzung eines solchen Projekts unterstützen.

1326 *Der Beschluss dieses Antrags ersetzt das Wahlkampfprogramm 2021, beschlossen von*
1327 *der II. Mitgliederversammlung.*

Freiwillige Begründung

Dieser Leitantrag vereint sowohl die gekürzte Fassung des letzten Wahlprogramms (wobei der Corona-Epilog ersetzt bzw eingearbeitet wurde, ein Mental-Health-Epilog, das sich an unserem #mentalhealthNOW-Nationalratsantrag orientiert, eingefügt wurde und die Einleitung aktualisiert wurde), als auch die neun Landesprogramm! Nachdem hier alles entweder auf Landesebene bereits ausführlich besprochen bzw bei den letzten beiden Mitgliederversammlungen beschlossen wurde, hoffen wir auf eine zügige Debatte, damit wir rasch zu den weiteren inhaltlichen Anträge übergehen können!

ANTRAG

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung

Tagesordnungspunkt: #9.2 weitere inhaltliche Anträge

A1NEU2ang: Integration statt Separation

Antragstext

1 Laut dem österreichischen Integrationsfonds hatten 2021 17% der österreichischen
2 Schüler_innen eine ausländische Staatsbürgerschaft, in Wien waren es sogar 31%¹.
3 Nach wie vor beeinflussen soziokulturelle und sozioökonomische Ausgangsdaten den
4 Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen in Österreich in erheblichem Ausmaß. So
5 verfügen Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger als autochthone
6 Österreicher_innen bloß über einen Pflichtschulabschluss². Auch die
7 Bildungsstandards zeigen, dass Schüler_innen mit Migrationshintergrund
8 tendenziell schlechter abschneiden als jene ohne³.

9 Dass Bildung nicht erst mit dem Eintritt in die Volksschule beginnt, ist klar.
10 Elementare Bildungseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zu gelungener
11 Integration: Das Beherrschen der deutschen Sprache, ein Fundament an gemeinsam
12 geteilten Werten und Normen sowie soziale Kompetenzen sind die Grundlagen für
13 Erfolg in der Volksschule. Kaum Kindergartenplätze, überfordertes Personal und
14 große Gruppen verunmöglichen es Elementarpädagog_innen allzu oft jedoch, nach
15 dem geltenden Bildungsrahmenplan zu arbeiten und jedes Kind individuell zu
16 fördern. Hier gilt es anzuknüpfen: Erst wenn die Politik der Elementarpädagogik
17 einen höheren Stellenwert einräumt und von der Berufsgruppe lange geforderte
18 Maßnahmen umsetzt, kann Chancengerechtigkeit sichergestellt werden.

19 Neben der Elementarpädagogik müssen sich Strukturen des österreichischen
20 Schulsystems grundlegend ändern. Ein Bildungssystem, wie wir es uns vorstellen,
21 trennt Schüler_innen zur Wertevermittlung nicht nach religiöser Zugehörigkeit –
22 stattdessen findet Ethikunterricht für alle im gemeinsamen Rahmen statt.
23 Außerdem stehen wir für eine Schule, in der der Bildungsweg von Schüler_innen
24 nicht durch den Eintritt in die Mittelschule bzw. das Gymnasium implizit
25 vorgezeichnet wird. Bis zum 14. Lebensjahr sollen alle Schüler_innen in der
26 gemeinsamen Schule mit innerer Differenzierung miteinander lernen. Der deutliche
27 Ausbau von kostenfreien Ganztagschulen sowohl im ruralen als auch urbanen Raum
28 stellt ebenfalls einen Grundpfeiler des Bildungssystems, wie wir es uns

vorstellen, dar⁴.

Es ist Zeit, jenen Kindern und Jugendlichen die Chancen zu geben, die ihnen heute viel zu oft fehlen. Mit diesem Antrag wollen wir einen Rahmen bieten, der die Schule zu einem gerechten Ort für wirklich alle Schüler_innen macht.

Freiheit auf dem Weg zu gelungener Integration in der Schule!

Ein wirklich funktionierendes Zusammenleben kann nur zustandekommen, wenn nicht von oben herab vorgeschrieben wird. In diesem Sinne setzen wir auch nicht auf Top-Down-Maßnahmen, um Integration in den Schulen "vorzuschreiben", sondern wollen die Schulen ermutigen, selbstständig die Basis für eine Schulgemeinschaft zu legen, in der jede_r einen Platz findet. Wir sind davon überzeugt, dass vor Ort die besten Lösungen und die besten Konzepte gefunden werden können.

Freiheit für die Schulen: Schulautonomer Integrationsplan

Im Zentrum unseres Konzeptes für gelungene Integration verschiedener Kulturen und Biographien in der Schule steht der schulautonome Integrationsplan. In diesem sollen die Schulen konkrete Maßnahmen festlegen, mit denen sie drei übergeordnete Ziele erreichen wollen: (1) Die Schaffung und Stärkung einer Schulgemeinschaft, in der jede und jeder seinen oder ihren Platz findet. (2) Die Förderung der Erstsprache, denn nur wer seine Erstsprache gut beherrscht, kann auch andere Sprachen erlernen. Noch dazu bereichert eine solche Sprachenvielfalt das Schulleben. (3) Das Erlernen der deutschen Sprache. Sie ist die Basis für eine gelungene Integration und für schulischen Erfolg in Österreich.

Wie die einzelnen Schulen diese drei Ziele erreichen, bleibt ihnen überlassen. Sie sollten hierbei auch dazu ermuntert werden, kreative Projekte zu wagen und neue Ansätze zu probieren. Damit die Qualität des Planes gewahrt wird, obliegt es der Direktion, ihn zu verfassen. Um aber breite Unterstützung innerhalb der Schulgemeinschaft zu garantieren, soll es in der Kompetenz des Schulgemeinschaftsausschusses (SGA) liegen, ihn zu beschließen. In regelmäßigen Abständen sollte dieser schulautonome Integrationsplan evaluiert und neu beschlossen werden müssen.

→ Wir fordern, dass die Schulen in eigenen Integrationsplänen selbstständig Maßnahmen definieren, um das Ziel einer gelungenen Integration aller Schüler_innen in das Schulleben zu erreichen.

--> Wir fordern, dass in regelmäßigen Abständen anonyme Umfragen zum

Intergrationsstand zentral an allen Schulen vom Bildungsministerium durchgeführt werden. Auf Basis der dadurch gewonnenen Informationen können die schulautonome Pläne evaluiert werden und falls nötig mit Expert_innen des Bildungsministeriums weiterentwickelt werden.

Transparente Vergabe von Mitteln und Hilfen

Damit den Schulen auch die Mittel an die Hand gegeben werden, um auf Herausforderungen in Sachen Integration gebührend eingehen zu können, wollen wir, dass die Schulen für jede_n Schüler_in mit Nicht-Deutscher Erstsprache zusätzliche Mittel bekommt. Hier sollte auch zwischen den verschiedenen Erstsprachen differenziert werden, denn es ist weitaus einfacher Deutsch zu erlernen, wenn Strukturen in der Erstsprache ähnlich sind (z.B. Niederländisch. Unterscheiden sich sprachliche Strukturen jedoch, ist der Spracherwerb herausfordernder (z.B. Japanisch). Wir sprechen hier von einem Chancenindex. Über die Verwendung dieser zusätzlichen Mittel sollten die Schulen selbstständig im Rahmen ihres schulautonomen Integrationsplanes entscheiden können. Dadurch wird gewährleistet, dass diese Mittel wirklich für das Erreichen von Integrationszielen verwendet werden.

→ Wir fordern, dass die Schulen für jede_n Schüler_in mit Nicht-Deutscher Erstsprache zusätzliche Mittel bekommt, die sie im Rahmen ihren schulautonomen Integrationsplans einsetzen kann.

Unterstützung durch das Ministerium

Wir sehen es aber in der Verantwortung des Bildungsministeriums, die Schulen bei der Ausübung ihrer Freiheit im Rahmen des schulautonomen Integrationsplans zu unterstützen. Hier gilt es, Direktionen gezielt zu schulen, aber auch Raum für Austausch unter den Schulen zu schaffen. Das ermöglicht Schulen, sich an den besten Integrationskonzepten zu orientieren.

→ Wir fordern also, dass das Bildungsministerium Direktionen ausbildet und untereinander vernetzt, damit Wissen in Sachen Integrationskonzepte nicht verloren geht.

Um den Schulen die Erstellung des Integrationsplans zu vereinfachen und das Voneinander-Lernen zu stärken, sollten auch alle Integrationspläne in eine vom Bildungsministerium bereitgestellte, öffentlich einsehbare Datenbank hochgeladen werden.

→ Wir fordern, dass das Bildungsministerium eine öffentliche Datenbank

97 bereitstellt, in welche alle Integrationspläne hochgeladen werden.

98 **Clusterschulen & Kooperationsmodelle forcieren**

99 Neben dem erstsprachlichen Unterricht gilt es auch, die Auswahlmöglichkeit an
100 lebenden Fremdsprachen an den Schulen zu steigern. In dem derzeit kaum
101 angebotene Sprachen wie etwa Arabisch, Farsi, Paschtu oder auch Ukrainisch
102 verstärkt auch nicht-erstsprachlichen Schüler_innen angeboten wird, werden diese
103 Sprachen aufgewertet und die Basis für ein echtes Verständnis für andere
104 Kulturen wird gelegt. Um ein solches Angebot zu ermöglichen, wollen wir, dass
105 Modelle wie zum Beispiel Clusterschulen oder Lehrkräfte, die in mehreren Schulen
106 unterrichten, forciert werden. Hierbei sollte das Bildungsministerium vor allem
107 mit Anreizen arbeiten und sich darauf konzentrieren, bürokratische Hürden aus
108 dem Weg zu räumen.

109 → *Wir fordern, dass Schulen die Möglichkeit bekommen beim*
110 *Fremdsprachenunterricht zu kooperieren, um so das Fremdsprachenangebot zu*
111 *erweitern.*

112 **Lizenzierung von Workshop-Anbietern**

113 Workshops durch schulexterne Personen (z. B. Anti-Diskriminierungs-Workshops)
114 können für die Schüler_innen und für die Schulen großen Mehrwert bringen. Sie
115 spielen eine wichtige Rolle im schulautonomen Integrationsplan. Um die Schulen
116 bei der Suche nach qualitativen Workshop-Anbietern zu unterstützen, sollte das
117 Bildungsministerium hier Lizenzen für regelmäßige Qualitätskontrollen vergeben.

118 → *Wir fordern, dass Workshop-Anbieter vom Ministerium lizenziert werden können.*
119 *Dafür müssen sie gewissen Qualitätsstandards entsprechen.*

120 **Gezielte, individualisierte Deutschförderung**

121 Lernen ist kein starrer Prozess, der nur in einem gewissen festen Rahmen
122 (Schulunterricht) stattfindet. Nein, jede und jeder lernt den ganzen Tag über im
123 Alltag vor allem im Tun und in der Interaktion mit anderen. Besonders Kinder
124 lernen schnell und tiefgreifend durch Kontakt, Gespräche und das Spiel mit
125 Gleichaltrigen, das gilt insbesondere für das Erlernen von Sprachen. Um also
126 Kinder, die Defizite in der deutschen Sprache aufweisen, beim Erlernen genau
127 dieser zu fördern, wäre es ein fataler Fehler sie von Gleichaltrigen, die die
128 deutsche Sprache beherrschen, zu separieren. Des Weiteren halten wir es für
129 falsch, dass ein einzelner „Deutschtest“ darüber entscheidet, ob ein_e
130 Schüler_in Defizite in der deutschen Sprache aufweist. Leider passiert genau das

131 im österreichischen Bildungssystem durch die sogenannten „Deutschförderklassen“.

132 Es kann nicht sein, dass Separation und die Pauschalisierung aller Schüler_innen
133 mit Defiziten in der deutschen Sprache die Antworten auf die Herausforderung
134 Deutsch als Zweit- oder Drittsprache sind.

135 Aus diesem Grund fordern wir ein System, dass den Fokus auf die Individuen
136 selbst legt und dementsprechend eine Bandbreite an individuellen
137 Fördermöglichkeiten bietet. Echte Integration kann nur funktionieren, wenn
138 Schüler_innen, die Förderbedarf in der deutschen Sprache haben, so wenig wie
139 möglich vom regulären Klassenverband separiert werden. Es braucht viel
140 individuelle Förderung in speziellen Unterrichtsstunden, um die nötigen
141 Missstände abzubauen.

142 → *Daher fordern wir eine Abkehr vom starren und pauschalisierenden System der*
143 *Deutschförderklassen, hin zu einer individuellen Deutschförderung.*

144 Aus den oben genannten Gründen sprechen wir uns für ein 3-Stufen-Modell aus:

145 o Die erste Stufe sind Schüler_innen, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichen,
146 um der Unterrichtssprache Deutsch zu folgen:

147 Um Frustration bei den Schüler_innen vorzubeugen und zu vermeiden, dass sie in
148 Unterrichtsstunden sitzen, in denen sie nichts verstehen, sollen Fächer, für die
149 das Verständnis der deutschen Unterrichtssprache zwingend nötig ist, durch
150 gezielten Deutschunterricht ersetzt werden. Dieser Deutschunterricht sollte
151 möglichst abwechslungsreich aufgebaut sein und von Lernspielen und kreativen
152 Lernangeboten geprägt sein, um so möglichst schnell die Grundlagen der deutschen
153 Sprache zu vermitteln. Um trotzdem so viel Kontakt wie möglich zu Kindern, die
154 Deutsch als Erstsprache haben, zu haben, müssen möglichst viele Fächer (Turnen,
155 Zeichnen, Musik ...) gemeinsam im Klassenverband unterrichtet werden. Sobald das
156 Sprachverständnis der Schüler_innen ausreicht, um dem Unterricht folgen zu
157 können, sollen sie in die Stufe zwei wechseln.

158 o Die zweite Stufe sind Schüler_innen, deren Deutschkenntnisse Defizite
159 aufweisen, sodass sie Gefahr laufen in dieser oder folgenden Schulstufen den
160 Mindestanforderungen des Deutschunterrichts nicht gerecht zu werden: Ob und
161 inwieweit ein_e Schüler_in Förderbedarf hat, sollte der_die unterrichtende
162 Lehrer_in entscheiden, da er_sie die Schüler_innen und ihren Stand am besten
163 kennt. (Bei Schulwechsel/Schulstart, wo möglich in Absprache mit vorigem_r
164 Lehrer_in/Pädagogen_in)

Außerhalb der regulären Unterrichtszeit sollen 2-4 Deutschförderstunden pro Woche stattfinden. Dieser Unterricht muss differenziert und gezielt auf die unterschiedlichsten Bedürfnisse und Defizite der einzelnen Schüler_innen eingehen.

o Die dritte Stufe bilden Schüler_innen ohne deutlichen Förderbedarf in der deutschen Sprache:

Sobald es für Schüler_innen nicht mehr notwendig ist, zusätzlichen Förderunterricht zu besuchen, sollen sie im Regelunterricht entsprechend unterstützt werden.

→ Wir fordern ein drei Stufen Modell, das gezielte Deutschförderung, abhängig vom individuellen Deutschniveau des_r jeweiligen Schüler_in, ermöglicht.

Dieses Modell soll eine Art Mindeststandard bilden. Schulautonome können von ihm abgewichen werden, wenn ein für die jeweiligen Schüler_innen besser geeignetes Förderprogramm entwickelt wird. Essenziell für das 3-Stufen-Modell ist, dass die Art und Weise des Förderunterrichts individuell für die Schüler_innen gestaltet wird. Die unterrichtende Lehrperson entscheidet als Experte_in für die eigenen Schüler_innen dabei darüber, in welche Stufe ein_e Schüler_in fällt und wann man z.B. von Stufe eins in Stufe zwei wechseln kann. Jedoch kann der_die Schüler_in eine Evaluierung durch eine andere Lehrperson beantragen, um potentiellen Biases entgegenzuwirken. Solche Überprüfungen sollen auch stichprobenartig ohne Zutun von Schüler_innen stattfinden, da Betroffene oft selbst nicht wissen, dass sie falsch evaluiert wurden.

→ Wir fordern, dass Lehrer_innen als Expert_innen für ihre Schüler_innen darüber entscheiden, welche Art der Deutschförderung am besten für einzelne Schüler_innen geeignet ist.

Tolerantes Schulumfeld schaffen!

Meldestellen für Schüler_innen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind

Viele Schüler_innen werden im Schulalltag rassistisch diskriminiert und es gibt keine Meldestelle, an die sie sich melden können. So eine Meldestelle sollte unbedingt eingeführt werden. Somit würden viel mehr Fälle der Diskriminierung gemeldet werden und rechtliche Schritte dagegen eingeleitet werden. Die Meldestelle sollte von Expert_innen in diesem Bereich geführt werden. Im Falle

von Diskriminierung sollte diese erfasst werden und in Absprache mit der Meldestelle des Bildungsministeriums passende Schritte vorgenommen werden.

→ Wir fordern, dass es künftig eine Meldestelle in der Bildungsdirektion für Schüler_innen geben soll, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind und die auch nach Meldung, rechtliche Schritte gegen die Person, die die Schülerin/den Schüler diskriminiert einleitet.

Interkulturelle Kompetenzen im Lehramtsstudium

Interkulturelle Kompetenz ist die Fähigkeit, mit Menschen zurechtzukommen, die andere kulturelle Hintergründe haben und miteinander sozial verträglich umzugehen. Wer interkulturell kompetent agiert, braucht Fertigkeiten, wie Toleranz, Selbstreflexion, Weltoffenheit, Respekt und viele weitere. Das Ziel dieser Kompetenz ist, dass Schüler_innen mit Migrationshintergrund in ihrer bi- oder multikultureller Identität gestärkt werden und Mehrsprachigkeit gezielt positiv erlebt wird. Die interkulturelle Kompetenz kann man in die Bildung und Pädagogik einbauen, um Perspektivenwechsel und einen respektvollen Umgang im Schulleben zu schaffen. Es muss mehr Toleranz institutionell vermittelt werden, um Chancengerechtigkeit zu fördern.

→ Wir fordern, daher dass im Lehramtsstudium interkulturelle Kompetenzen vermittelt werden.

Es ist uns auch wichtig, dass Lehrkräfte, die im Lehramtsstudium nicht über Integration aufgeklärt wurden, an einer Weiterbildung teilnehmen. Diese Weiterbildung soll verpflichtend sein und sich mit der Thematik "Integration und interkulturelle Kompetenz" befassen.

→ Wir fordern, dass Lehrer_innen bei verpflichtende Weiterbildungen zum Thema "Integration für Lehrkräfte" teilnehmen, sofern sie diese im Lehramtsstudium nicht erhalten haben.

Ein weiterer Weg, die interkulturellen Kompetenzen von Lehrpersonen zu fördern, stellt das Erlernen von weiteren Sprachen da. Die Kosten dieser sollten vom Bildungsministerium übernommen werden, um die eventuelle finanzielle Hemmschwelle zu vermindern. Es sollte jedoch gewährleistet werden, dass auch ein direkter Benefit für Schüler_innen entsteht.

→ Wir fordern, dass das Bildungsministerium etwaige Kosten für Sprachkurse für Lehrer_innen übernimmt, sofern diese mindestens eine_n Schüler_in mit jener Erstsprache unterrichtet und diese sich nicht in der dritten Stufe des oben

beschriebenen Deutschförderungsmodells befinden.

Kampagne zur Diversifizierung des Lehrpersonals

Vorbilder sind für die Entwicklung von Schüler_innen maßgeblich. Ausgehend vom Bewusstsein der Vielschichtigkeit der menschlichen Identität und der gleichzeitigen Zugehörigkeit eines Menschen zu mehreren Bezugsgruppen wird Unterschiedlichkeit als positiver Wert angesehen. Das erfahren Schüler_innen insbesondere in interkulturellen Begegnungen. Diversität wird für das Zusammenleben genutzt, um vielfältige Lerngelegenheiten zu schaffen. Die Begegnung mit Verschiedenartigkeit ist die Voraussetzung für die Aufgeschlossenheit, sich mit Vorurteilen kritisch auseinanderzusetzen. Daher ist es uns wichtig, dass Schüler_innen von einer diversen Gruppe an Lehrer_innen unterrichtet werden. Um das zu erreichen fordern wir eine Kampagne, welche auf die Diversifizierung des Lehrpersonals abzielt. Hierbei handelt es sich explizit nicht um eine Quote: Wir wollen Personen mit den verschiedensten Hintergründen dazu bewegen, sich für den Beruf der Lehrkraft zu bewerben.

→ Wir fordern eine Kampagne, die darauf abzielt, mehr kulturelle, sprachliche, soziale und geschlechtliche Diversität ins Lehrpersonal zu bringen.

Freier Zugang zu Computerräumen

Um sozioökonomische Ungleichheiten abzufedern, sollten Schulen ihren Schüler_innen auch außerhalb von Unterrichtszeiten Zugang zu Computerräumen zu schaffen. Dadurch bekommen Schüler_innen einen Raum, in dem sie in Ruhe lernen und arbeiten können.

→ Wir fordern, dass Schulen ihren Schüler_innen auch außerhalb von Unterrichtszeiten Zugang zu Computerräumen verschaffen.

¹https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210902_OTS0172/ueber-30-der-schuelerinnen-und-schueler-in-wien-haben-eine-auslaendische-staatsbuergerschaft

²<https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/factsheet-37-schule-und-integration-11045/>

³In unserer Beschlusslage finden sich bereits detaillierte Ausführungen zum Konzept der gemeinsamen Schule sowie zu der flächendeckenden Implementierung der Ganztagschule.

ANTRAG

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung

Tagesordnungspunkt: #9.2 weitere inhaltliche Anträge

A3NEU7ang: Bester Sex durch beste Sexualkunde

Antragstext

1 Die Basis für die Sexualkunde von Morgen

2 Der Storch bringt die Kinder. Das da unten ist dreckig. Masturbation ist
3 unmoralisch.

4 Kinder kommen bei eben solchen beschämten Aussagen mit Sexualität in
5 Berührung, ohne zu wissen, was dahinter steckt. Obwohl Fortpflanzung,
6 Befriedigung und Geschlechtsverkehr in Familien oftmals als Tabu behandelt
7 werden, erfahren die Kinder durch halbnackte Frauen in der Werbung, Softporn im
8 Fernsehen und in Social Media dargestellter Belästigung oder gar sexualisierter
9 Gewalt Sexualität als ein omnipräsentes Thema. Wenn sie nun aber das Gefühl
10 haben, nicht darüber reden zu dürfen, keine Fragen stellen zu dürfen, bildet
11 sich... Fortpflanzung des Textes folgt im Kopf jedes Einzelnen.

12 Sex(ualität) ist Teil unseres Lebens. Und auf genau dieses Leben sollte die
13 Schule vorbereiten. Umso wichtiger ist hier eine gute Sexualkunde. Im Idealfall
14 ermöglicht sie ein freies und selbstbestimmtes Sexualleben.

15 Das tut sie derzeit nicht. Sexualkunde in der Schule hat jede_r von uns anders
16 erlebt. Eines haben alle unsere Erfahrungen mit Sexualkunde aber gemeinsam: Viel
17 zu oft ist die schulische Sexualkunde viel zu oberflächlich. Dabei brauchen wir
18 echte Aufklärung, denn Sexualkunde beinhaltet viel mehr, als wir denken. Es
19 geht darum, dass allen Schüler_innen die Instrumente in die Hand gegeben
20 werden, damit sie ein selbstbestimmtes Sexualleben führen können.

21 In einem ersten Schritt wollen wir auflisten, was für uns zu dem essentiellen
22 Curriculum einer gelungenen Sexualkunde gehört. Damit dieses Curriculum auch
23 den Schüler_innen so weitergegeben wird, wie sie es verdient haben, schlagen
24 wir in einem zweiten Teil eine auf Schulautonomie in einem einheitlichen

bundesweiten Rahmen basierende Umsetzung vor.

Inhalt der Sexualkunde

Was ist Sexualkunde?

Derzeit wird Sexualkunde in Österreich vor allem als biologische Aufklärung verstanden. Sexualität lässt sich jedoch nicht auf Penis und Vagina reduzieren - genauso verhält es sich auch mit einer guten Sexualkunde. In diesem Sinne ist die Sexualkunde, die uns für die Schule von morgen vorschwebt, eine umfassende Aufklärung über Sexualität im breitesten Sinne des Wortes.

Wie bereits oben erwähnt, ist unser übergeordnetes Ziel dass Schüler_innen alle Tools auf den Weg mitgegeben werden, damit sie ein mündiges, selbstbestimmtes Sexualleben führen können. An diesem Ziel muss sich die schulische Sexualkunde messen, es ist für uns also selbstverständlich, dass sie auch emotionale und zwischenmenschliche Aspekte des Sexuallebens und der Sexualität behandeln. Dabei sollten auch verschiedenste Entwürfe von Sexualität behandelt und damit enttabuisiert werden.

Gleichzeitig sollte Sexualkunde einen geschützten Raum bieten, in dem man präventiv über Tabuthemen und eigene Grenzen sprechen kann. In einer modernen Sexualkunde muss man offen über diese Themen sprechen können.

Diversität aufleben lassen:

Sexualkunde muss über Sexualität in ihrer ganzen Diversität aufklären. Alles andere wäre keine Sexualkunde, sondern eine zutiefst veraltete (Un-)Moralkunde. Hierzu gehört selbstverständlich auch das Thema LGBTQAI+. Es gibt hier für uns nur eine Option, und das ist die Vermittlung von Akzeptanz und Toleranz von LGBTQAI+ Personen.

Geschlechtsidentitäten

Ein weiterer Bestandteil der gelebten Diversität im Aufklärungsunterricht ist die Thematik der Geschlechtsidentitäten. Hierbei wird das Wissen und Empfinden über die eigene geschlechtliche Zugehörigkeit behandelt.

Geschlechtsidentitäten werden hier aus verschiedenen Perspektiven betrachtet - unter anderem der biologischen, der psychischen und der sozialen.

Geschlechterrollen/Stereotypen

Geschlechterrollen bzw. Stereotypen beschreiben Personen aufgrund ihrer erkennbaren geschlechtlichen Zugehörigkeit bestimmter Eigenschaften und Verhaltensweisen. Diese Stereotypen werden binär, heterosexuell und gegengeschlechtlich konstruiert und enthalten häufig hierarchische Wertungen. Dadurch sind diese Rollen nicht nur queerphob sondern auch Beispiele von typischen "Schubladendenken"!

Sexualitäten

Ein großer Teil des Sexualkunde-Curriculums ist dem Thema Sexualitäten gewidmet. Diese begleiten uns alle und wir begegnen Menschen mit anderen Sexualitäten täglich. Leider wird die Vielfalt der sexuellen Orientierungen kaum in der Schule angesprochen. Eine gute Begründung gibt es dafür nicht. Deswegen müssen verschiedene Sexualitäten im Sexualkunde-Curriculum behandelt werden. Dadurch würde dieses Thema auch normalisiert. Das trägt nicht nur zu einer zeitgerechten Bildung bei, sondern steigert auch die Akzeptanz der LGBTQAI+ Community

→ Wir fordern, dass das Curriculum für Sexualkunde Diversität lebt. Dabei sollte sowohl über Geschlechtsidentitäten, als auch über Stereotype und Sexualitäten gesprochen werden.

Tabuthemen aufleben lassen

Sexuelle Gewalt

Sexuelle Gewalt wird allzu oft totgeschwiegen. Umso wichtiger ist, dass Schüler_innen lernen, woran sie sexuelle Gewalt - sowohl physische als auch psychische - erkennen, und wo sie sich Hilfe holen können. Diese Hilfe beim Identifizieren eigener Grenzen gehört für uns zum Kernauftrag der schulischen Sexualkunde - ebenso wie das Informieren über Stellen, bei denen man sich Hilfe holen kann. Die Sexualkunde sollte Raum bieten, damit jede_r für sich wichtige Fragen beantworten kann, wie zum Beispiel "Wo liegen meine Grenzen? Ab wann ist es für mich nicht mehr okay? Wo kann ich mich melden, wenn ich mich unwohl fühle?" Das sind bisher unausgesprochene Fragen, die im Sexualkunde-Unterricht gestellt werden müssen.

Fetische

Fetische sind sexuelle Vorlieben, die normal sind und auch so angesprochen und behandelt werden sollten. In welchem Ausmaß Fetische behandelt werden, soll individuell an die Gruppe, mit der dieses Thema bearbeitet wird, angepasst werden.

Pädophilie

Pädophilie ist eine psychische Störung. Leider ist genau das Beteiligten oft kaum bewusst. Damit sich das ändert, sollte auch dieses Thema auch im verpflichtenden Sexualkunde-curriculum angesprochen werden. Schüler_innen sollten auch darüber aufgeklärt werden, wo sie Hilfe finden können.

Sexismus

Was bedeutet Sexismus eigentlich? Wenn man den Begriff "Sexismus" googelt, dann bekommt man folgende Definition: "Sexismus ist die Vorstellung, dass ein Geschlecht dem anderen von Natur aus überlegen sei, getragene Diskriminierung, besonders von Frauen durch Männer." Genau hier wollen wir im Rahmen der Sexualkunde ansetzen: Ob dies bewusst oder unbewusst stattfindet sei dahingestellt. Jedoch ist es ganz klar ein Problem, dem man entgegenwirken muss. Und wie oft wird es tatsächlich angesprochen? Nicht genug. Es mangelt an Bewusstsein, fehlender Aufklärung, Reflexion und Mut - genau das benötigen wir jetzt!

Pornographie

Pornos sind zahlreich im Internet zu finden. Meist bilden sie realitätsferne Szenen ab und können Jugendlichen falsche Vorstellungen vermitteln. Die Pornographie wird besonders tabuisiert und gehört im Laufe der Sexualkunde angesprochen und behandelt.

Prostitution

Sex-Arbeit wird verpönt und wird nicht wertgeschätzt, obwohl es einer der ältesten Berufen der Menschheit ist. Wir fordern das Schüler_innen so aufgeklärt werden das dies als Beruf, so wie jeder andere anerkannt wird.

- Wir fordern, dass das Curriculum für Sexualkunde echte Aufklärung lebt. Sexuelle Gewalt, Sexismus, Fetische, Pädophilie und Pornographie gehören enttabuisiert und behandelt.

Form der Sexualkunde

Wer soll unterrichten:

Die genaue Gestaltung der Sexualkunde sollte an die Realitäten der Schulen vor Ort angepasst werden. Jede Schule sollte hierbei ein sexualpädagogisches Konzept zur Umsetzung des zentral vorgegebenen Curriculums erstellen müssen, das zugleich auch als Schutzkonzept agiert. Dieses soll individuell von jeder Schule selbst konzipiert werden. Die Gestaltung erfolgt durch die Schule in Form der Direktion, die dieses Konzept entwirft, sowie vom SGA, der jenes für das folgende Jahr bestätigt. Wenn nötig kann auch Hilfe durch Expert_innen des Bildungsministeriums hinzugezogen werden. Die oben beschriebenen Inhalte sollten in einem Curriculum vom Bildungsministerium zusammengefasst werden. Dieses Curriculum bildet die Basis für die Inhalte, die durch die Schule im Rahmen ihres Konzeptes vermittelt werden müssen. Der Schule steht es selbstverständlich frei, Inhalte selbstständig zu ergänzen und weiter zu vertiefen. Über die Form der Vermittlung entscheidet sie absolut selbstständig.

Um viele Thematiken abdecken zu können, empfehlen wir grundsätzlich den Sexualkundeunterricht fächerübergreifend stattfinden zu lassen. Dieser fächerübergreifende Unterricht schafft zugleich einen vielseitigen Unterricht mit diversen Themen.

> Wir fordern ein sexualpädagogisches Konzept zur Umsetzung des vorgegebenen Curriculums, das von jeder Schule individuell bearbeitet werden kann. Dieses wird im SGA besprochen und die verarbeitete Version abgestimmt.

Externe oder interne Personen?

Bei der Frage, wer den Aufklärungsunterricht halten soll, gibt es grundsätzlich zwei Varianten:

1) Die erste Variante ist, dass dieser Aufklärungsunterricht von externen Personen gehalten wird oder

2) die zweite Variante ist, dass der Aufklärungsunterricht von internen Personen geleitet wird.

Am besten bewährt sich eine Kombination aus externen und internen Personen. Die Rolle der internen Person – sprich die Lehrkraft – kann als Vertrauensperson

agieren und somit über Thematiken, wie Geschlechtsidentitäten, Diversität, Geschlechterrollen, etc., Die Rolle der externen Person – sprich Organisationen, Expert_innen, etc. – kann Workshops über komplexere Themen halten, die mit der Lehrkraft abgestimmt werden sollen. Die Lehrkräfte müssten dabei wissen, was in so einem Workshop passiert, um Vor - und Nachbereitungen zu planen.

> Wir empfehlen, dass der Aufklärungsunterricht sowohl von externen, als auch internen Personen gehalten wird, um einen vielseitigen, qualitativen und hochwertigen Unterricht zu gewährleisten.

Wie geht man mit Personen mit fundamentalistischen Verhalten um?

Bei externen und internen Personen kann es auch vorkommen, dass sie ein fundamentalistisches Verhalten an den Tag legen. Dabei besteht die Gefahr von falscher Wertevermittlung. Bei solchen Fällen sollten disziplinarische Maßnahmen gesetzt werden und zudem die Rolle der Vertrauensperson geschaffen werden. Diese soll bei Bedarf hinzugezogen werden können. Diese Vertrauenspersonen sind dazu da, um gegen Indoktrination und sexuelle Übergriffe vorzugehen. Damit sie diesen Auftrag gerecht werden kann, sollen sie eine Ausbildung durch das Bildungsministerium erhalten haben.

> Wir fordern, dass an jeder Schule die Rolle der Vertrauensperson umgesetzt wird. Diese Rolle kann man durch eine Fort - und Weiterbildung erlangen.

> Des Weiteren fordern wir, dass bei Fehlverhalten von internen sowie externen Personen disziplinarische Maßnahmen angewandt werden.

Der richtige Zeitpunkt:

Es gibt immer viel zu lernen. Besonders zum Thema Sexualkunde. Doch wann soll man mit dieser Aufklärung beginnen?

Zuerst muss man versichern, dass die Aufklärung und die besprochenen Themen an die verschiedenen Gruppen und Klassen angepasst werden. Die Reife und das Verständnis müssen gegeben sein.

- Das Bildungsministerium soll mit einer Expert_innenkommission drei Curricula, also Primarstufe, Sekundarstufe 1 und 2, ausarbeiten.

Forderungspunkte:

- Wir fordern, dass das Curriculum für Sexualkunde Diversität lebt. Dabei sollte sowohl über Geschlechtsidentitäten, als auch über Stereotype und Sexualitäten gesprochen werden.
- Wir fordern, dass das Curriculum für Sexualkunde echte Aufklärung lebt. Sexuelle Gewalt, Sexismus, Fetische, Pädophilie und Pornographie gehören enttabuisiert und behandelt.
- Wir fordern ein sexualpädagogisches Konzept zur Umsetzung des vorgegebenen Curriculums, das von jeder Schule individuell bearbeitet werden kann.
- Wir empfehlen, dass der Aufklärungsunterricht sowohl von externen, als auch internen Personen gehalten wird, um einen vielseitigen, qualitativen und hochwertigen Unterricht zu gewährleisten.
- Des Weiteren halten wir es für wichtig, dass der Lehrplan einsehbar ist, aber Erziehungsberechtigte nicht spezifisch über den inhaltlichen Ablauf des Sexualkundeunterrichts informiert werden.
- Wir fordern, dass an jeder Schule die Rolle der Vertrauensperson umgesetzt wird.
- Des Weiteren fordern wir, dass bei Fehlverhalten von internen sowie externen Personen disziplinarische Maßnahmen angewandt werden.
- Das Bildungsministerium soll mit einer Expert_innenkommission drei Curricula, also Primarstufe, Sekundarstufe 1 und 2, ausarbeiten.
- Eine verpflichtende Stundenanzahl zum Thema Sexualkunde auch in der Unterstufe und Volksschule.

ANTRAG

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung

Tagesordnungspunkt: #9.2 weitere inhaltliche Anträge

A11NEU7ang: Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule

Antragstext

1 Im Moment ist es leider so, dass die wirtschaftliche Bildung der Schüler_innen
2 von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ist. Während einige Schüler_innen in
3 den Genuss einer fundierten Wirtschafts- und Finanzbildung kommen, bleibt dieses
4 Themenfeld in der großen Mehrheit der Schulen weiterhin unterbelichtet. Wir sind
5 jedoch davon überzeugt, dass die Schüler_innen am Ende ihrer Schulzeit ein
6 echtes Verständnis für grundlegende wirtschaftliche Fragen haben sollten.

7 Diese wirtschaftliche Mündigkeit, die Fähigkeit, also selbstbestimmt am
8 wirtschaftlichen Leben teilnehmen zu können, sollte ein Kernauftrag der Schule
9 von morgen sein. Es darf nicht sein, dass nach zwölf Jahren in der Schule
10 Schüler_innen nicht wissen, worum es sich beispielsweise bei einem Wertpapier
11 handelt. Hier wollen wir ansetzen. Die Schule muss den Schüler_innen die
12 Instrumente und Werkzeuge für ein wirtschaftlich selbstbestimmtes Leben in die
13 Hand geben.

14 Diese wirtschaftliche Bildung darf sich aber nicht nur auf die einfachsten
15 Grundlagen beschränken: Sie sollte auf das Leben als eigenständige_r
16 Erwachsene_r vorbereiten und dabei auch grundlegende Informationen über
17 Anlagemöglichkeiten oder Versicherungen, sowie einige weitere - unten genauer
18 beschriebene Themen, beinhalten. Hier braucht es natürlich viel Praxisnähe.

19 Wir wollen hier nicht ignorieren, dass es berechnete Unterschiede zwischen den
20 Schulen geben kann, darf und soll. Unser Anspruch ist es, einen echten
21 Mindeststandard vorzugeben, der an jeder Schule unterrichtet werden soll, aber
22 auch schulautonom erweitert werden kann. Auch die Lehrkraft sollte die
23 Möglichkeit haben, autonom auf die Interessen der Schüler_innen einzugehen.

24 **Der Rahmen:**

Momentan ist es durchaus der Fall, dass in gewissen Schulen kaum Wissen über wirtschaftliche Themen weitergegeben wird - am ehesten noch im Fach Geographie. Doch auch hierbei kommt die Wirtschafts- und Finanzbildung so gut wie immer zu kurz. Eine Ausnahme bilden manche berufsbildenden (höheren) Schulen. Für uns ist es jedoch wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler schon in jungen Jahren die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems erlernen und die nötigen Werkzeuge für ein finanziell selbstständiges Leben in die Hand gelegt bekommen.

Wir fordern:

- In der Unterstufe soll das Fach "Geografie und Wirtschaftskunde" deutlich mehr wirtschaftliche Komponente als derzeit beinhalten.
- Unabhängig von der Geografie fordern wir vertiefend das Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in der Sekundarstufe II, insofern fachspezifische Fächer dieser Art noch nicht vorhanden sind.
- Darüber hinaus sollen die fachspezifischen Lehrkräfte einen Rahmen dafür bieten, dass sowohl tagesaktuelle, wirtschaftliche Geschehnisse als auch Themen, die Schüler_innen (zB. Förderungen) im Unterricht abseits des Lehrplanes behandelt werden können.

Wirtschaftliche Mündigkeit erreichen:

Für ein Leben in Freiheit ist jedoch nicht nur die Fähigkeit, sich eine fundierte politische Meinung bilden zu können von großer Bedeutung, sondern auch die konkrete Vertrautheit mit dem wirtschaftlichen Alltag. Sowie jede und jeder Lesen und Schreiben lernt, sollte auch jede und jeder ein grundlegendes Verständnis für gängige Finanzinstrumente erhalten. Financial Literacy sollte ein essenzielles Ziel der Schulbildung sein.

Praxisnahe Vorbereitung aufs Leben:

Um ein Leben in finanzieller Freiheit führen zu können, ist es wichtig, dass man in der Schule lernt, mit finanziellen und wirtschaftlichen Herausforderung des Alltages kompetent umgehen zu können. Das geht vom richtigen Umgang mit Geld, über das Abschließen von geeigneten Versicherungen, bis hin zum Buchen eines Urlaubs. Am besten merkt man sich das, was in der Praxis auch ausprobiert wird. Daher sollte der Wirtschafts- und Finanzunterricht möglichst praxisnahe

gestaltet sein und auch mit Praktika einhergehen. Das könnte beispielsweise mittels der Führung eines Haushaltsbuches, Budgeting-Apps und/oder dem Erstellen eines Sankey-Diagramms zur Illustration der Geldflüsse erreicht werden.

Wir fordern:

- Dass jede_r Schüler_in die Tools mitbekommt, um finanzielle und wirtschaftliche Herausforderungen im späteren Leben meistern zu können. Beispiele hierfür wären: Verträge verschiedenster Art, Bankwesen, Steuern, Versicherungen, Bewerbungen, Insolvenz, Förderungen, Online-Buchungen, etc.

Ein Aspekt des Wirtschaftsunterricht sollte auch der richtige Umgang mit Geld sein. Das bedeutet Schüler_innen klar zu machen wie viel Geld sie regelmäßig wofür ausgeben und wo und wie sie Geld sparen könnten. Nur wer auch weiß wohin sein Geld fließt, hat die Möglichkeit es sinnvoll einzusetzen.

Wir fordern:

- Eine Auseinandersetzung mit dem effizientesten und finanziell verantwortungsvollsten Umgang mit Geld. In diesem Zusammenhang sollte erklärt werden, wie man ein beispielsweise Haushaltsbudget führt, oder Sparstrategien besprechen.

Momentan steigt das Bewusstsein für und die Bereitschaft zur Nachhaltigkeit und zum Umweltschutz stark an. Viele, auch junge, Leute sind bereit mehr Geld für nachhaltige Produkte auszugeben und achten bei ihren Käufen auf entsprechende Kennzeichnungen. Leider betreiben viele Firmen sogenanntes „Greenwashing“ und stellen ihre Produkte/Dienstleistungen auf diese Weise fälschlich als nachhaltig und umweltfreundlich dar. Für den Konsumenten ist es im Moment sehr schwer sich in diesem Dschungel der Zertifikate und Gütesiegel zurechtzufinden und zu erkennen welche Produkte/Unternehmen tatsächlich nachhaltig sind. Darum müssen, unserer Meinung nach, schon Schüler_Innen zu kritischen und kompetenten Konsumenten ausgebildet werden, die nachhaltige Produkte von jenen, die sich nur als solche ausgeben, unterscheiden können.

Wir fordern:

- Dass die Thematiken rund um Greenwashing, Gütesiegel, CO2-Kompensation und „klimafreundliche“ Produkte etc. im Hinblick auf Kaufentscheidungen im

88 Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ behandelt werden.

89 **Wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen:**

90 *Wirtschaftliche Mündigkeit verlangt aus unserer Sicht mehr als nur das simple*
91 *Kennen von Begriffen. Es muss den Schülerinnen und Schülern ebenfalls ein*
92 *Verständnis für finanzielle Instrumente in die Hand gelegt werden. Hierbei muss*
93 *der Erwerb von Kompetenzen im Vordergrund stehen - das Ziel muss es sein, dass*
94 *jede und jeder grundsätzlich versteht, wie einzelne Instrumente funktionieren*
95 *und welche Gefahren, Chancen und Verpflichtungen für den Einzelnen daraus*
96 *entstehen. Gängige Instrumente wie das Girokonto, der Bausparvertrag oder*
97 *diverse Arten von Krediten müssen besprochen werden. Diese Art der Bildung darf*
98 *nicht Banken überlassen werden, sondern muss bereits im Pflichtschulbereich*
99 *beginnen, ist sie doch nötig für ein wirtschaftlich mündiges Leben.*

100 **Wir fordern:**

- 101 • Im Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ sollen die wichtigsten
102 Grundbegriffe der Wirtschaft behandelt werden.

- 103 • Wir fordern darüber hinaus, dass das Element der wirtschaftsrechtlichen
104 Grundlagen im Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ behandelt wird.

105 *Auch bei der makroökonomischen Grundbildung ist es wichtig, wie auch in der*
106 *politischen Bildung, einen neutralen Ansatz zu privilegieren. Sie sollte heutige*
107 *und vergangene Wirtschaftssysteme behandeln, und dabei die Zusammenhänge und*
108 *Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung herausarbeiten. Wie immer geht es auch*
109 *hier darum, den Schülerinnen und Schülern die grundlegenden Kenntnisse zu geben,*
110 *um ihnen die Teilnahme am gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu ermöglichen.*

111 **Wir fordern:**

- 112 • Im Rahmen des Faches „Wirtschafts- und Finanzbildung“ sollen
113 makroökonomische Zusammenhänge von A bis Z erklärt werden. Das betrifft
114 Thematiken von der Preis- und Kostenbildung, über Wirtschaftssysteme
115 weltweit, bis hin zu internationalen Zusammenhängen der Wirtschaft.

Aufklärung über Anlagemöglichkeiten:

Unserer Meinung nach gehört die Aufklärung über Anlagemöglichkeiten sehr wohl zum Bereich der wirtschaftlichen Mündigkeit dazu. Wir erachten es als wichtig den Schüler_innen die grundlegenden Basics rund um die diversesten Anlagemöglichkeiten mitzugeben, damit sie ein wirtschaftlich selbstbestimmtes Leben führen können. Denn finanziell frei können nur jene sein, die auch gelernt haben was man mit seinem Ersparten machen kann. Von Lehrer_innen ist durchaus zu erwarten, dass sie das entsprechende Wissen mitbringen, um als Ansprechpersonen rund um diese Thematik fungieren, um den Schüler_innen die größtmögliche Entfaltung in diesem Bereich zuzulassen.

Wir fordern:

- Eine Auseinandersetzung mit der Thematik rund um alle verfügbaren Anlagemöglichkeiten (zB. Aktien, Fonds, Kryptowährungen, Immobilien, Veblen-Güter uvm.) im Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“
- Eine Erklärung rund um die Grundbegriffe des Handels jeglicher Art (zB. Wertpapiere)
- Weiters soll auch hier ein Verständnis für das Gebiet der Anlagemöglichkeiten geschaffen werden, Strategien, Risiken und Chancen abgehandelt, der Finanzmarkt erklärt und auch durchaus die private Vorsorge für die Pension veranschaulicht werden.

Wir fordern darüber hinaus:

Ein längerfristiges klassen- oder schulinternes Börsenspiel, um das Gelernte in der Praxis anzuwenden und den Schüler_innen so zu ermöglichen, praxisnah und risikofrei erste Erfahrungen sammeln zu können.